



IN MEMORIAM

Brüssel, 22.3.2016



Nachrichten des Präsidenten des EWSA

Liebe Freunde!

Die Flüchtlingskrise hat gezeigt, dass es an Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten fehlt und Europa dringend eine echte Asyl- und Migrationspolitik braucht. Darauf hat unser Ausschuss insbesondere in den Berichten hingewiesen, die er kürzlich im Anschluss an die Informationsreisen seiner Mitglieder in zahlreiche Mitgliedstaaten und in die Türkei veröffentlicht hat.

Die Europäische Union ist massiv in die Kritik geraten, und zwar viel stärker, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Es ist offensichtlich, dass der europäische Integrationsprozess selbst ernsthaft in Frage gestellt ist. Populistische und fremdenfeindliche Parolen stoßen bei den Bürgern mehr und mehr auf offene Ohren, was zuletzt – zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels – am Ergebnis der Wahlen in Österreich abzulesen war.

Wer so tut, als ließen sich diese Probleme durch einen Rückzug auf den Nationalstaat lösen, begeht meines Erachtens bestenfalls einen gravierenden Fehler und handelt, als habe er aus der europäischen Geschichte nichts gelernt. Was jedoch schlimmer ist: Es gibt auch noch diejenigen, die absichtlich Hass, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit schüren, dabei aber ihre Absicht verschleiern, nach dem Rückzug auf den Nationalstaat die Freiheiten abzuschaffen und autoritäre, ja totalitäre Regime zu errichten.

Die früheren Generationen, die Leid und Schrecken des Krieges erfahren hatten, haben uns ein wertvolles Erbe hinterlassen: diese europäische Gemeinschaft, die uns siebenzig Jahre Frieden beschert hat. Wir dürfen nicht zulassen, dass Rassismus und Faschismus unsere Gemeinschaft zerstören. Wir müssen handeln und die Bürger davon überzeugen, dass die Organisationen der Zivilgesellschaft ihre Interessen vertreten und dass nur eine wirklich solidarische, demokratische und bürgernahe Union in der Lage sein wird, nicht nur die beschriebenen Schwierigkeiten zu bewältigen, sondern auch die anderen großen Probleme zu lösen, vor denen wir in dieser globalisierten Welt stehen. Sollte dies misslingen, hätten alle, ohne Ausnahme, unter den Folgen zu leiden. Wenn wir heute gleichgültig und untätig bleiben, werden uns das unsere Kinder nicht verzeihen.

Es gibt auch Zeichen der Hoffnung, doch es erfordert großen Mut und viel Arbeit, um diese Wirklichkeit werden zu lassen. Wie Sie vielleicht bereits wissen, wurde der Ausschuss von der Kommission um eine Stellungnahme zu dem Entwurf für eine europäische Säule sozialer Rechte ersucht. Wir haben eine aus 21 Mitgliedern bestehende Arbeitsgruppe eingesetzt, mit den Vorsitzenden unserer drei Gruppen als Berichterstattern. Wir werden neue Wege beschreiten, um in sämtlichen Mitgliedstaaten vor Ort die Meinung unserer nationalen Organisationen einzuholen. Da Sie die Arbeitsweise des Ausschusses gut kennen, ist Ihnen sicherlich klar, dass wir dieser Arbeit herausragende Bedeutung beimessen. Ich bin zuversichtlich, dass es uns gelingen wird, der Kommission einen Vorschlag zu unterbreiten, der der Charta der Grundrechte würdig ist, die Anliegen unserer Organisationen in vollem Umfang widerspiegelt und den Bürgern einen heilsamen Wandel in Richtung mehr Bürgernähe signalisiert.

Mehr denn je muss unser Ausschuss die politischen Entscheidungsträger davon überzeugen, Entscheidungen im Sinne einer solidarischen EU im Dienst der Bürger zu treffen. Ich bin davon überzeugt, dass ich dabei auf Ihre Unterstützung zählen kann, und zwar über die nationalen Organisationen, in denen Sie tätig waren oder dies noch immer sind. Denn Sie als ehemalige Mitglieder sind sich dessen bewusst, was auf dem Spiel steht. Für mich werden Sie europäische Sozialakteure bleiben, genau wie zu Ihrer Zeit als aktive Mitglieder des Ausschusses, und alle zusammen müssen wir auf ein wirklich geeintes, solidarisches und soziales Europa hinarbeiten.

Georges Dassis, Präsident des EWSA

Leitartikel des Präsidenten



Sehr geehrte Mitglieder,

unsere Jahresvollversammlung fand am 11. April im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss in Brüssel statt. Zahlreiche Teilnehmer sind gekommen, obwohl der Flughafen Brüssel infolge der schrecklichen und niederträchtigen Attentate, die Belgien und alle freiheits- und friedliebenden Völker getroffen haben, geschlossen war.

Im Verlauf der Versammlung haben wir insbesondere den Jahresbericht und den Bericht der Rechnungsprüfer für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Haushaltsvoranschlag 2016 angenommen. Auch haben wir lange über mögliche Änderungen an der Vereinbarung mit dem EWSA und dem Statut der Vereinigung diskutiert, die das Präsidium in Kürze prüfen wird. Wichtigster Programmpunkt am Nachmittag war eine umfassende Diskussion über die Zukunft Europas, an der Nikos Alexopoulos, Leiter des Kabinetts von EWSA-Präsident Georges Dassis, Luis Planas, Generalsekretär des EWSA, Luca Jahier, Vorsitzender der Gruppe Verschiedene Interessen (der einen sehr interessanten Artikel in diesem Newsletter veröffentlicht hat), Antonello Pezzini, Quästor, sowie José Antonio Moreno Díaz, Berichterstatter der Gruppe II für das Thema Flüchtlinge und Migranten, teilnahmen und das Wort ergriffen. Diese aktuelle Debatte war ebenso inhaltsreich wie intensiv und warf vor allem ein Schlaglicht auf einige vor uns liegende Probleme.

Die Gefahren einer seit Jahren festgefahrenen Situation, die im Laufe der Zeit zu Passivität und zur Distanzierung vom Projekt Europa geführt hat, veranlassen uns, jetzt gedankliche Impulse für Vorschläge und Maßnahmen zu formulieren, mit denen ein Weg aus dieser Sackgasse gefunden werden kann. Das haben wir mit unserem Beitrag zur Debatte über die Zukunft Europas versucht.

Die jüngsten Entwicklungen, Erklärungen und Verlautbarungen vor allem seitens einiger Mitgliedstaaten sind insofern beunruhigend, als darin eine Abkehr vom Projekt Europa und den zugrundeliegenden Werten zu erkennen ist. Die Union hat ihre Glaubwürdigkeit eingebüßt, weil sie nicht die zur Bewältigung der Krise notwendigen gemeinsamen Entscheidungen getroffen und die Verschlechterung der Wirtschafts- und Sozialpolitik und die Zersetzung Griechenlands zugelassen hat, ohne politische Alternativen vorzuschlagen, die zu mehr Integration geführt und einen dauerhaften Ausweg aus dieser Krise ermöglicht hätten. Nach Griechenland haben wir es jetzt mit Brexit, Terrorismus, schwierigen TTIP-Verhandlungen, Zweifeln bezüglich der Folgen eines neuen Nato-Stützpunktes in Polen, der Notwendigkeit einer auf die Bedürfnisse der Bürger zugeschnittenen Wirtschafts- und Sozialpolitik und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu tun, wobei ich sicherlich das eine oder andere vergessen habe. Während eigentlich Einheit und Zusammenhalt geboten wären, sind unionsintern ernsthafte Konflikte entstanden: die Flüchtlingsfrage stellt uns vor eine Zerreißprobe in einem gefährlichen Klima, das vom Erstarken eines nationalistischen Populismus mit fremdenfeindlichen und rassistischen Anklängen geprägt ist.

Angesichts der Schwierigkeiten und Hindernisse, die das Funktionieren der Institutionen blockieren, und der Dominanz von Staaten, denen mehr an ihren eigenen Vorteilen als an gemeinsamen Politiken liegt, sollte die institutionelle und politische Problematik in ihrer Gesamtheit neu betrachtet werden, um die Union wieder auf die richtige Spur zu bringen. Die Debatte

IN DIESER AUSGABE

BERLAYMONT & Co.:

In der EU sein oder nicht?.....	4
Gute Ideen aus der Slowakei	6
Energieverbrauchskennzeichnung	11

JDE INSIDER:

Vom Hof Frisch auf den Tisch.....	12
Living Colours.....	14
Jugendplenartagung - Your Europe your Say.....	15
Tag der Europäischen Bürgerinitiative	16

VEM FORUM:

VEM Generalversammlung	18
Entdecken Sie den Südwesten Frankreichs	21
Den EWSA durch Simulation kennenlernen	22
Europas Scheitern in den Krisen - Wer hat Schult?.....	24

RAVENSTEIN MEMORIES:

Als der EWSA König Baudouin traf.....	28
---------------------------------------	----

wird seit Jahren geführt, seit Jacques Delors, Hans-Dietrich Genscher und den Vorschlägen von Valéry Giscard d'Estaing, um nicht allzu weit in die Vergangenheit zu gehen. Sie alle hatten eine gemeinsame Vision, nämlich die einer mehr auf Integration ausgerichteten Europapolitik, die ihres Erachtens (und ich teile diese Sichtweise) der einzige Weg war, Europa wieder neuen Schwung und die Chance auf wirklichen Bestand zu geben. Mittlerweile ist das Europa der 28 an seine Grenzen gestoßen, und das Konzept der Nationalstaaten hat sich für das Funktionieren als ineffizient erwiesen, ich würde sogar sagen als schädlich, da es Ausgangspunkt und Ursache aller Blockaden ist.

Deshalb bedarf es dringend einer Erneuerung der gesamten institutionellen Architektur, ihrer Funktionsweise und ihrer Fähigkeit, eine stärker integrierte gemeinsame Politik zu führen. Es ist an der Zeit, denjenigen, die dies möchten, zu ermöglichen, in Richtung eines stärker integrierten, solidarischeren Europas, das besser die legitimen Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger bedienen kann, voranzuschreiten und dabei die Regeln und den Besitzstand der Union der 28 zu wahren. Wenn wir nichts ändern und uns nicht engagieren, werden wir ohnmächtig mit ansehen, wie eine allgemeine Verdrossenheit um sich greift und sich unsere Beziehungen im Inneren weiter verschlechtern. Und wir riskieren eine schlechende und tödliche Erosion.

In der Diskussion im Anschluss an die Präsentation kamen eine allgemeine Besorgnis und, trotz einiger Nuancen, auch ein festes Eintreten dafür zum Ausdruck, die Diskussion fortzusetzen und Überlegungen und Vorschläge im Sinne einer Anpassung und Konsolidierung der Union an neue Gegebenheiten und Perspektiven vorzubringen. In jedem Fall ist eine Versammlung, die ohne Wenn und Aber offen in die Diskussion geht, erfrischend und erfreulich.

Nun liegt es an uns als Mitgliedern der Vereinigung, im Rahmen unserer Zuständigkeiten unsere Überlegungen und Vorschläge, auch die unorthodoxen, bekanntzumachen und uns beherzt in der angestoßenen Richtung weiter zu engagieren.

Roger Briesch, Vorsitzender der VEM

Nachricht des EWSA Generalsekretärs



Sehr geehrte Mitglieder,

auf der Generalversammlung am 25. Januar konnte ich Sie zum ersten Mal in dieser Mandatsperiode begrüßen und den wertvollen Beitrag herausstellen, den die Vereinigung der ehemaligen Mitglieder zu den Tätigkeiten des EWSA leistet.

Wie ich bei dieser Gelegenheit bereits sagte, würden mir einige von Ihnen wahrscheinlich zustimmen, dass die EU bislang noch nie solch schwierige Zeiten durchlebt hat, die auf unterschiedliche Faktoren und Probleme zurückzuführen sind. Die Migrations- und Flüchtlingskrise ist eine große Herausforderung für die EU. Bei ihrer Bewältigung müssen wir uns von europäischen Grundsätzen und Werten leiten lassen. Ich möchte die herausragende Arbeit hervorheben, die die EWSA-Mitglieder bei ihren zahlreichen Missionen innerhalb der EU und in der Türkei geleistet haben. Weitere große Herausforderungen sind die Gefahrenabwehr, der Terrorismus und die Sicherheit. Wir müssen eng zusammenarbeiten und ein kooperatives und einmütiges Vorgehen fördern – andernfalls wird unsere Reaktion fehlschlagen. Wir müssen auch eine bessere Koordinierung der Polizei- und Nachrichtendienste sowie der Rechtssysteme gewährleisten. Nicht zuletzt müssen wir entschlossen für die Idee der Freiheit im Sinne des Schengen-Raums eintreten.

Der EWSA ist bemüht, mithilfe des Sekretariats auf diese neuen Gegebenheiten angemessen zu reagieren. **Seit meinem Amtsantritt als EWSA-Generalsekretär habe ich eine Verwaltungsreform auf den Weg gebracht, um die EWSA-Mitglieder stärker und effizienter zu unterstützen.** Der EWSA ist schon immer eine beratende Einrichtung im Dienste der EU-Organe gewesen und wird diese Rolle auch weiterhin wahrnehmen. Ihm kommt aber auch eine konkrete Rolle als Plattform für die europäische Zivilgesellschaft zu, und dies ist ein sehr wichtiger Teil seiner Zukunft. Als „Haus der Zivilgesellschaft“ organisiert der EWSA verschiedene Veranstaltungen, auf denen Debatten geführt und neue Ideen gesponnen werden.

Wir haben unlängst beschlossen, ein weiteres Element auf die Liste der wichtigsten Tätigkeiten des EWSA zu setzen: die Bewertung und Weiterbehandlung der EU-Politik. Bei dieser qualitativen Ex-post-Arbeit werden die Mitglieder vom Sekretariat unterstützt. Es handelt sich hierbei um eine neue, aber potenziell sehr wichtige Aufgabe. Auf meinen Vorschlag hin hat das Präsidium das Sekretariat umstrukturiert. Ein neues Referat wurde geschaffen, das für die Ex-post-Bewertung zuständig ist. Gleichzeitig wurden andere Referate aus dem Organisationsplan herausgenommen, um zusätzliche Verwaltungskosten für diesen neuen kreativen Prozess zu vermeiden. Es liegt auf der Hand, dass diese neue Herausforderung, die die qualitative Ex-post-Bewertung im interinstitutionellen Umfeld mit sich bringt, für den EWSA von ausschlaggebender Bedeutung sein wird.

Es wird mir eine Freude sein, Sie über die ersten greifbaren Ergebnisse dieser Tätigkeiten auf dem Laufenden zu halten. Heute möchte ich Ihnen abschließend für Ihre Arbeit danken und Sie noch einmal der uneingeschränkten Unterstützung und des Wohlwollens des EWSA-Sekretariats versichern.

Luis Planas, EWSA Generalsekretär

DAS BRITISCHE REFERENDUM ÜBER DIE MITGLIEDSCHAFT IN DER EU

In der EU sein oder nicht sein? Das ist hier die Frage...

„Das europäische Projekt bleibt bestehen, weil es sich dabei um eine noble Sache handelt - um das, was für Europa das Richtige ist. Der EWSA ist Teil des europäischen ‚Demos‘, das derzeit in der EU entsteht.“ Mit diesen Worten eröffnete Will Hutton, Leiter des Big Innovation Centre, Rektor des Hertford College an der Universität Oxford und ehemaliger Chefredakteur des *Observer*, die Debatte auf einer Konferenz am 8. März in Manchester. Shirin Wheeler, ehemalige Moderatorin des BBC-Programms „The Record Europe“, leitete die Debatte zum Thema „Das Vereinigte Königreich in der EU - Was geht mich das an?“, die von der Gruppe Verschiedene Interessen veranstaltet wurde und an der 130 Personen teilnahmen.

Zu den Rednern gehörten Vertreter von Hochschulen und Denkfabriken, dem gemeinnützigen Sektor und dem Umweltsektor, sozialen Unternehmen, Gewerkschaften, lokalen und nationalen Behörden sowie unsere Mitglieder. Dabei entstanden mit die lebhaftesten Debatten, die wir auf einer thematischen Konferenz unserer Gruppe je hatten. Ob es nun um Arbeitsplätze, Wachstum, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, Sicherheit, Souveränität und Identität ging oder um den „Morgen danach“ und die Folgen einer Stimmenmehrheit für den EU-Austritt – ein gemeinsamer roter Faden zog sich durch alle Beiträge: Beim Referendum am 23. Juni wird es um die *Menschen* und um ihre *Lebensqualität* gehen. Wohl aus diesem Grund kamen die Diskussionsteilnehmer zu dem Schluss, dass die meisten Briten ungeachtet aller Fakten und der parteipolitischen Dimension der Kampagnen für bzw. gegen den EU-Verbleib ihrem „Bauchgefühl“ entsprechend wählen würden. **Den Ausgang des Referendums werden letztlich Empfindungen, Wahrnehmungen, Ängste und Leidenschaften bestimmen - und die Werte, die an die nächste Generation weitergegeben werden sollen.** Wir könnten es das „Projekt Hoffnung“ nennen, denn die Europäische Union ist ein Weg, den wir gemeinsam für die Entwicklung unserer Gesellschaft, für Gerechtigkeit und Würde beschreiten. Dieser Weg ist jedoch nicht frei von Stolpersteinen.



Tatsächlich ist das Vereinigte Königreich nicht der einzige Mitgliedstaat, der der Ansicht ist, dass die EU jetzt grundlegend reformiert werden muss. Im Gegenteil: Es wird immer deutlicher, dass die Beschlüsse über die besondere Beziehung des Vereinigten Königreichs zur EU nur ein Ausdruck der Zunahme von Beunruhigung, Misstrauen und Uneinigkeit seitens der Politiker und der Bürger in mehreren europäischen Ländern sind. Denn gleich ob wir es wollen oder nicht - wir alle versuchen, einen Weg durch die zahlreichen Krisen an Europas Grenzen zu finden und die Herausforderungen der Migration, der Sicherheit, des schwachen Wirtschaftswachstums, der zunehmenden Armut, des Klimawandels usw. zu meistern. Ich bezweifle nicht, dass sich die EU auflösen könnte, wenn die Migrationskrise nicht bewältigt wird. Deshalb gibt es viel zu tun - und zwar sofort! Deshalb steht auch außer Frage, dass wir mehr tun *müssen*, um die Transparenz und Wettbewerbsfähigkeit in Europa zu verstärken, mehr hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen und nachhaltiges Wachstum zu fördern. Allerdings besteht die Lösung nicht darin, Stacheldrahtzäune an Europas Grenzen anzubringen, die wir doch vor über 25 Jahren - 1989 - beseitigt haben. Das ist nur der physische Ausdruck von Angst, Misstrauen und nationalem Isolationismus.

Das bringt mich zum zweiten Aspekt, den ich unterstreichen möchte und der sich auf die Zukunft der EU als Ganzes bezieht. Der Beschluss, das Vereinigte Königreich von der „immer engeren Union“ auszunehmen, wie auch die vielen „Opt-out“-Klauseln, die bereits für dieses Land gelten, veranschaulichen klar, dass Europas Identität nur auf *Differenzierung und mehreren Geschwindigkeiten* beruhen kann. Es wäre politisch naiv, weiterhin an ein einziges Ziel bzw. Modell für die EU zu glauben, das gleichzeitig und auf identische Weise von allen 28 Mitgliedstaaten verwirklicht wird. Das ist nichts Neues. Der Europäische Rat hat bereits im Juni 2014 offiziell das Konzept der variablen Integration akzeptiert. Die jüngste Vereinbarung des Europäischen Rates stellt diese Differenzierung jedoch viel deutlicher heraus und soll rechtlich



© Shutterstock: freedex

verbindlich werden. Besonders wichtig ist, dass die Vereinbarung mit dem Vereinigten Königreich über eine „immer engere Union“ dazu beitragen könnte, seit langem bestehende Differenzen bezüglich der künftigen Ausrichtung der EU zu überwinden. Die Mitgliedstaaten, die eine „immer engere Union“ schaffen wollen, haben dazu die Möglichkeit, indem sie ihre Integration beschleunigen und intensivieren. Aber diejenigen, die diesen Weg nicht beschreiten möchten, können stehenbleiben, *wenn sie als individuelles Land betroffen sind*.

Meiner Meinung nach ist das der einzig gangbare Weg. Denn die EU wägt von Natur aus ständig nationale Interessen gegen gemeinsame Interessen und Kompromisse ab. Sie tut dies seit ihrer Gründung. Genau daran dürfte Winston Churchill gedacht haben, als er 1946 in Zürich seine berühmte Rede hielt. Auf die Frage, was das Heilmittel sei, mit dem Europa vor „endlosem Elend“ bewahrt werden könne, antwortete er: „Es ist die Neuschöpfung der europäischen Völkerfamilie, (...) indem wir ihr eine Struktur geben, in welcher sie in Frieden, in Sicherheit und in Freiheit bestehen kann. Darum sage ich Ihnen: Lassen Sie Europa entstehen!“

Im Jahr 2016 müssen wir ein neues Konzept für Europa entwickeln, um die Herausforderungen, vor denen wir gerade stehen, zu bewältigen. Angesichts der Unsicherheit und Vielzahl von Konflikten an Europas Grenzen - in der Türkei, Libyen, der Ostukraine usw. - ist es dringend geboten, dass wir den europäischen Raum des Friedens, der Freiheit, des Wohlstands, des Rechts und der Menschenwürde aufrechterhalten. Wir müssen vor allem aber menschlich bleiben und nicht vom europäischen Projekt und seinen Grundwerten abrücken. Vor fast fünf Jahrhunderten schrieb William Shakespeare: „Die ganze Welt ist eine Bühne“, und das Leben ist ein Theaterstück, das wir auführen müssen. Die Hauptdarsteller am 23. Juni sind die Briten! Also, Mitglied der Europäischen Union „sein oder nicht sein“? Das ist hier die Frage! Ich persönlich gehöre nachdrücklich zu den Befürwortern. Ich bin für „#UK-IN“!

Luca Jahier, Vorsitzender der Gruppe „Verschiedene Interessen“ im EWSA

Im Jahr 2016 müssen wir ein neues Konzept für Europa entwickeln, um die Herausforderungen, vor denen wir gerade stehen, zu bewältigen.

DER SLOWAKISCHE EU-RATSVORSITZ

Gute Ideen aus der Slowakei



WICHTIGE INFORMATIONEN UND TERMINE

- **Die Slowakische Republik übernimmt erstmals in ihrer Geschichte den Vorsitz im Rat der Europäischen Union**
- **Zeitraum:** 1. Juli - 31. Dezember 2016
- **Vorausgehender EU-Ratsvorsitz:** Niederlande (1. Januar - 30. Juni 2016)
- **Nachfolgender EU-Ratsvorsitz:** Malta (1. Januar - 30. Juni 2017)
- **Bevollmächtigter der slowakischen Regierung:** Ivan Korčok, Ständiger Vertreter der Slowakischen Republik bei der EU
- **Haushaltsvoranschlag des Vorsitzes:** 70 Mio. EUR

DIE SLOWAKEI BEREITET SICH VOR, DEN EU-RATSVORSITZ ZU ÜBERNEHMEN

Im Juli übernimmt die Slowakei zum ersten Mal den halbjährlich rotierenden Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Der slowakische Ratsvorsitz wird der 116. Vorsitz in der Geschichte der EU sein. Die Slowakei wird den Staffelstab von den Niederlanden übernehmen und ihn dann an Malta weiterreichen.

Der slowakische Vorsitz wird sich auf eine Reihe von für die EU besonders wichtigen Themen konzentrieren, wie etwa Fragen des Binnenmarktes, der Energieunion, der Kohäsionspolitik, der Kapitalmarktunion, der Halbzeitbilanz des MFR 2014-2020, des EU-Haushalts für das Jahr 2017 und der Erweiterung.

Über die seit langem anstehenden Tagesordnungspunkte hinaus werden die Migrationskrise, die Änderung der Dublin-Verordnungen sowie der Kampf gegen den Terrorismus ganz oben auf der Agenda stehen. Zudem wird sich die Slowakei im Laufe ihres Vorsitzes mit anderen Entwicklungen befassen, darunter auch dem Ergebnis des Referendums im Vereinigten Königreich.

In der Slowakei liegt das Interesse der Öffentlichkeit an EU-Themen, auch europaweit gesehen, auf einem historischen Tiefpunkt. Der Vorsitz wird Gelegenheit bieten, mit der Öffentlichkeit in Kontakt zu treten und EU-Themen sowie die Rolle der Slowakei in der EU zu diskutieren.

Die Zusammenarbeit zwischen dem EWSA und dem Vorsitz ist recht eng. Die slowakische Regierung hat den Ausschuss um vier Sondierungsstellungen zu folgenden Themen ersucht:

- Auswirkungen technischer Entwicklungen auf das System der sozialen Sicherheit und das Arbeitsrecht;
- Halbzeitbilanz von Horizont 2020;
- Neugestaltung des Strommarkts und mögliche Auswirkungen auf schutzbedürftige Verbraucher;
- Zukunftsfähige Rechtsetzung.

Die außerordentliche Sitzung des Präsidiums wird am 14. Juni in Bratislava stattfinden. Die endgültige Fassung des Programms des slowakischen Vorsitzes wird im Juni angenommen und von Ivan Korčok, Staatssekretär des Ministeriums für auswärtige und europäische Angelegenheiten der Slowakischen Republik und Bevollmächtigter der Regierung für den slowakischen Ratsvorsitz der Europäischen Union, in der EWSA-Plenartagung am 13. Juli erläutert.

Marián Brestovanský (REL)

Slowakei will durch positive Akzente Uneinigkeiten überwinden

CONNECT sprach mit Peter Javorčík, dem Ständigen Vertreter der Slowakei bei der EU

Worin sehen Sie die größten Herausforderungen, die wahrscheinlich auf den slowakischen EU-Ratsvorsitz zukommen werden?

Die Slowakei übernimmt den Ratsvorsitz in einer schwierigen Zeit. In den letzten Jahren hat sich eine ganze Reihe von Problemen aufgetürmt, die die Europäische Union als Ganzes betreffen. Wir beobachten eine gewisse politische Zersplitterung, die uns zu denken geben muss. Uneinigkeit macht uns anfällig.

Aber die Slowakei wird keineswegs Untergangsstimmung verbreiten. Ganz im Gegenteil, wir werden die aktuellen Herausforderungen positiv angehen. Uns geht es schwerpunktmäßig um vier Bereiche: Stärkung der europäischen Wirtschaft, Modernisierung und Ausdehnung des Binnenmarkts in Bereichen wie Energie und digitale Wirtschaft, langfristig tragbare Zuwanderungs- und Asylpolitik sowie das außenpolitischen Umfeld, wobei ich in erster Linie an die Handelsabkommen und die Erweiterungspolitik denke.

Für die genannten Schwerpunktthemen wird es einen klaren gemeinsamen Nenner geben. Zum einen wollen wir die Fragmentierungstendenzen überwinden, indem wir uns auf eine positive Agenda und dauerhafte Lösungen konzentrieren. Zweitens sind wir entschlossen, unseren Bürgern greifbare Ergebnisse zu liefern.

Selbstverständlich wissen wir um die Unwägbarkeiten, die uns auf dem Weg begegnen werden, insbesondere das geplante Referendum in Großbritannien und die Flüchtlingskrise vor Ort. Wir hoffen jedoch, dass der slowakische Ratsvorsitz nicht völlig vom Krisenmanagement beherrscht sein wird.

Der Vorsitz bietet eine gute Gelegenheit, für die Slowakei und ihr diplomatisches Potenzial zu werben. Welche Ergebnisse würden Sie als Erfolg werten, wenn Sie am Ende des Jahres das Staffelholz an Malta weiterreichen?

In jedem Bereich haben wir eine klare Vorstellung von dem, was wir erreichen wollen. So gehören beispielsweise der Europäische Fonds für strategische Investitionen und die Kapitalmarktunion zu unseren Kernanliegen. Vorschläge für die Verbesserung der Energieversorgungssicherheit oder etwa die Beseitigung der Hindernisse für den elektronischen Geschäftsverkehr stehen ganz oben auf unserer Tagesordnung für den zweiten Schwerpunktbereich. In puncto nachhaltige Migration sind zum Beispiel die „Intelligenten Grenzen“ eine wichtige Frage. Man könnte noch weitere Aspekte nennen.

Außerdem wird es aber auch darauf ankommen, am Verhandlungstisch für eine positive Atmosphäre zu sorgen, und wir sind entschlossen, dies zu tun.



Ich denke, dies ist auch der Weg, zum Gesamtzusammenhang beizutragen, zu unseren Anstrengungen, die politischen Zersplitterungstendenzen in der EU zu überwinden.

Welches derzeitige Problem in der EU spielt aus rein nationaler slowakischer Sicht eine besondere Rolle?

Es mag sich wie ein Klischee anhören, aber die Rolle des Vorsizes besteht darin, ein ehrlicher Makler zu sein. Jedes Land, und da ist die Slowakei keine Ausnahme, versucht seine nationalen Interessen und Empfindlichkeiten hintanzustellen, um ein glaubwürdiger Verhandlungsführer, Vermittler und Schlichter zu sein. Ich bin überzeugt, dass der Ratsvorsitz auch ein Dienst für die anderen und an der europäischen Sache ist. Ich kann Ihnen aus unserer Sicht versichern, dass wir die aufrichtige Hoffnung haben, bei uns in der Slowakei durch diesen Vorsitz in der Öffentlichkeit mehr Interesse für die EU wecken zu können. Auch diesbezüglich wird viel unternommen.

Natália Schneiderová (GRE) hat an diesem Artikel mitgewirkt

In jedem Bereich haben wir eine klare Vorstellung von dem, was wir erreichen wollen.

Besondere Tätigkeiten während des slowakischen Ratsvorsitzes

Im Rahmen der Vorbereitung des slowakischen EU-Ratsvorsitzes wird am **14. Juni eine außerordentliche Präsidiumssitzung in Bratislava** abgehalten. Vertreter des slowakischen WSR werden die Mitglieder des Ausschusses in ein Konferenzzentrum in der slowakischen Hauptstadt einladen. Der Präsidiumssitzung geht eine Diskussion mit dem slowakischen Außenminister Miroslav Lajčák sowie Vertretern der örtlichen Zivilgesellschaft voraus.

Auf der EWSA-Plenartagung am 13. Juli erläutert **Ivan Korčok**, Staatssekretär im Ministerium für auswärtige und europäische Angelegenheiten der Slowakischen Republik und Bevollmächtigter der Regierung für den slowakischen EU-Ratsvorsitz, das **Programm des Ratsvorsitzes**. Vorläufige Punkte dieses Programms sind unter anderem die Energieunion, der Binnenmarkt, die Kohäsionspolitik, die Kapitalmarktunion und die Flüchtlingskrise.

Während des slowakischen Ratsvorsitzes wird jede Gruppe des EWSA eine Sitzung in Bratislava abhalten. Diese Sitzungen werden in den letzten Monaten von 2016 stattfinden. Außerdem wird es während des slowakischen Ratsvorsitzes u.a. **zwei Kulturveranstaltungen im EWSA** geben: eine Fotoausstellung («Reflection from Slovakia» des Fotografen Yaro M. Kupčo mit Naturaufnahmen aus der Slowakei) am 13. Juli zum Auftakt des Ratsvorsitzes und eine abschließende Veranstaltung am 14. Dezember.

Tatiana Adamišová, Marián Brestovanský, Sonia Calvy (REL)



13. Juli 2016

Yaro M. Kupčo: Slowakische Betrachtungen - Fotoausstellung: Veranstaltung zum Auftakt des slowakischen EU-Ratsvorsitzes im EWSA. Diese Ausstellung im Gebäude des EWSA ist vom 13. Juli bis 7. Oktober 2016 zu besichtigen.

13./14. Juli 2016

Plenartagung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses: Ivan Korčok, Staatssekretär im Ministerium für auswärtige und europäische Angelegenheiten der Slowakischen Republik und Bevollmächtigter der Regierung für den slowakischen EU-Ratsvorsitz, erläutert das Programm des slowakischen Ratsvorsitzes.

14. Dezember 2016

Slowakischer Kulturabend: Abschlussveranstaltung des slowakischen EU-Ratsvorsitzes im EWSA.

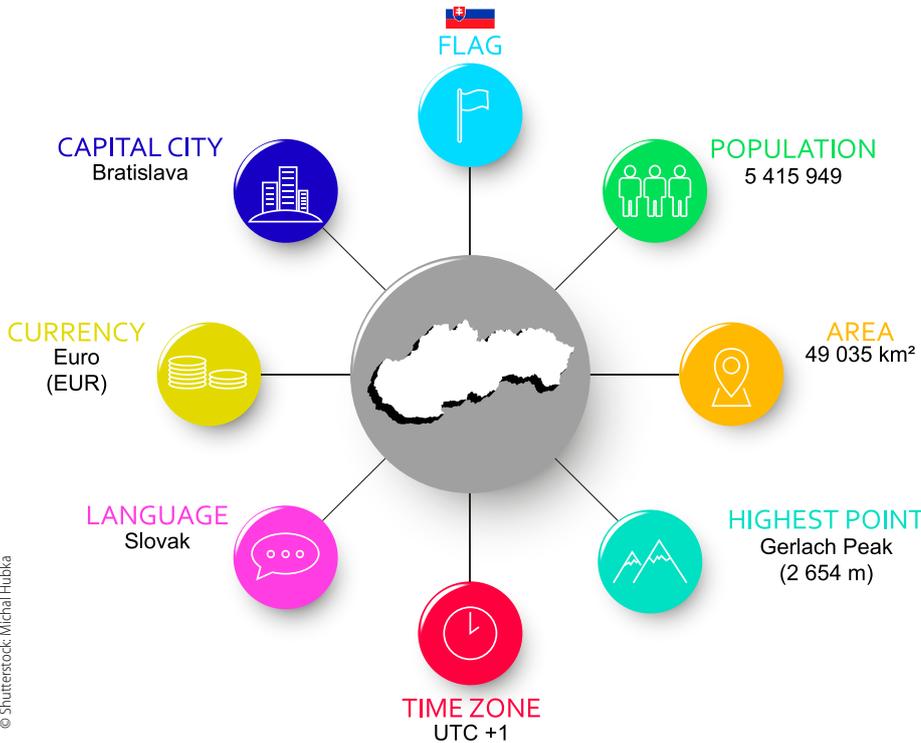
Das Referat "Interinstitutionelle Beziehungen" und die Tätigkeiten während des europäischen Ratsvorsitzes

Eine Hauptaufgabe des Referats Interinstitutionelle Beziehungen und Beziehungen zu den nationalen WSR (im Folgenden „REL“) besteht darin, die Arbeiten der anderen Institutionen zu verfolgen und sie über die Tätigkeiten des EWSA zu informieren. Das Referat REL agiert als Kontaktstelle für andere Referate und Institutionen für jedwede Art von Information oder Unterstützung im Bereich der interinstitutionellen Beziehungen.

Für den EWSA unterhält das Referat REL die Beziehungen zum Rat der EU. Es kann auf eine lange Tradition der Zusammenarbeit mit den EU-Ratsvorsitzen zurückblicken, bei der es sich auf das Arbeitsprogramm stützt, das gemeinsam mit der Ständigen Vertretung desjenigen Mitgliedstaats vorbereitet wird, der den Ratsvorsitz führen wird.

Der EWSA arbeitet mit dem Ratsvorsitz in folgenden Bereichen zusammen:

- Entgegennahme der Sondierungsstellungen auf Ersuchen von Ministerien des jeweiligen Ratsvorsitzlandes;
- Ausführungen von Vertretern des Ratsvorsitzlandes auf den Plenartagungen des EWSA. Dabei geht es darum, die Prioritäten des Ratsvorsitzes zu Beginn des sechsmonatigen Vorsitzes zu erläutern und an dessen Ende Bilanz zu ziehen sowie mit den EWSA-Mitgliedern eine Debatte zu führen;
- Teilnahme des EWSA (Präsident des Ausschusses oder Vorsitzender der betreffenden Fachgruppe) an informellen Ratssitzungen;
- Teilnahme von Vertretern des Ratsvorsitzes an Veranstaltungen des EWSA. Organisation gemeinsamer Veranstaltungen, oft in Zusammenarbeit mit dem WSR des Landes, das den Ratsvorsitz führt;
- Veranstaltung von Seminaren, Konferenzen, Anhörungen und außerordentlichen Gruppensitzungen im Land des Ratsvorsitzes.



© Shutterstock: Michal Hubka

© Shutterstock: Rainer Lesniewski



Vorschläge für eine Reform der Eigenmittel der EU und Rolle der organisierten Zivilgesellschaft

Der erste Ratsvorsitz der Slowakischen Republik, der in die zweite Hälfte des Jahres 2016 fällt, knüpft inhaltlich an den niederländischen Ratsvorsitz an und wird sich auf einige Schlüsselthemen konzentrieren: Wirtschaftswachstum, digitaler Binnenmarkt, Schaffung einer Energieunion, Migration und EU-Erweiterung¹. Das Programm und die Prioritäten des slowakischen Ratsvorsitzes spiegeln die europäische Agenda wider, die im der zweiten Hälfte des Jahres 2016 zum Abschluss gebracht werden muss. Teil dieses Vorhabens muss auch ein Vorschlag für die Reform der Eigenmittel der EU sein, zu dem die durch den EWSA vertretene organisierte Zivilgesellschaft in der Tat wesentlich beitragen könnte.



Hochrangige Gruppe "EU-Eigenmittel"

Im Jahr 2014 wurde eine hochrangige Gruppe unter dem Vorsitz von Mario Monti gebildet, die mit der Aufgabe betraut wurde, eine Reform des Systems der EU-Eigenmittel auszuarbeiten². Die gegenwärtige Lage bezüglich der Eigenmittel ist undurchsichtig und kompliziert. Überdies erhält eine zunehmende Zahl von Mitgliedstaaten Korrekturen und Rabatte, wodurch die Tatsache bestätigt wird, dass die Finanzierung des EU-Haushalts ungleichmäßig auf den Schultern der reicheren Staaten lastet. Der Anteil des Bruttonationaleinkommens, der den größten Teil des EU-Haushalts bildet, kann streng genommen nicht als Eigenmittel bezeichnet werden, sondern ist ein Beitrag aus den Haushalten der einzelnen Mitgliedstaaten³. Außerdem erhöht sich dieser Anteil ständig. Deshalb ist eine Zusammenarbeit erforderlich, um folgende Aufgaben zu bewältigen: Vereinfachung des Beitrags- und Zahlungssystems für die Mitgliedstaaten, Einführung eines neuen EU-Eigenmittelsystems und Reform des Korrektursystems.

Das neue Eigenmittelsystem sollte folgende Kriterien erfüllen: Gleichheit und Gerechtigkeit, Effizienz, Stabilität, Transparenz und Einfachheit, Verantwortung und Haushaltsdisziplin, Ausrichtung auf den Mehrwert für Europa, Subsidiarität und Steuerhoheit sowie Grenzwerte für politische Transaktionskosten.

Vorschläge für neue Eigenmittel

Nach den verfügbaren Informationen sind in der Hauptsache drei Lösungen im Gespräch: Mehrwertsteuer, Finanztransaktionssteuer und Umweltsteuer. Der EWSA hat all diese Optionen in seinen Stellungnahmen unter verschiedenen Aspekten geprüft.

Meines Erachtens braucht die EU ein solches System der Eigenmittel, die ausgewogen in Umweltschutz, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung investiert werden können – keine leichte Aufgabe, was sich etwa an den

großen Problemen in den energieintensiven Industriebranchen in Bezug auf die nicht erreichten Beschäftigungsziele zeigt. Ein Lösungsansatz zur Einführung des neuen Systems könnte eine Kohlendioxidabgabe nach Art einer Ökosteuer sein⁴. Sie würde auf den Endverbrauch erhoben und sich nach dem Energieverbrauch und dem CO₂-Ausstoß während des Herstellungsprozesses richten, und zwar unabhängig davon, ob die Produktionskette ganz oder teilweise innerhalb oder außerhalb der EU liegt. Im Einklang mit dem Grundsatz der steuerlichen Neutralität würde den europäischen Herstellern durch die Streichung oder Senkung bestimmter Steuern und Abgaben – vor allem für die Arbeitskosten – ein Ausgleich gewährt. Die potenzielle Wirkung der Einführung einer neuen Kohlenstoffabgabe bestünde darin, dass für europäische Unternehmen gerechtere Bedingungen für den Wettbewerb mit ihren außereuropäischen Konkurrenten gelten würden. Außerdem werden mit der Einführung einer derartigen Abgabe umweltschädliche Produkte teurer und umweltfreundliche Produkte billiger⁵.

Der slowakische EU-Ratsvorsitz als Chance für den EWSA

Während des slowakischen Ratsvorsitzes der EU wird die hochrangige Gruppe um Mario Monti ihren Abschlussbericht mit einem Vorschlag für die Reform der Eigenmittel der EU vorlegen, in dem die Stärken und Schwächen der einzelnen Optionen beleuchtet werden. Der EWSA hat die wichtige Aufgabe und zugleich auch Chance, darüber auf europäischer und nationaler Ebene zu beraten. Gefragt ist eine allseits annehmbare Lösung, die von allen Interessengruppen (Arbeitgeber, Arbeitnehmer, verschiedene Interessen), den Fraktionen im Europäischen Parlament sowie sämtlichen Mitgliedstaaten getragen wird, weshalb die Lösung keine leichte sein wird.

Viliam Páleník (VEM)

¹ Nähere Informationen unter: http://www.mzv.sk/web/en/slovak_presidency_in_the_council_of_the_european_union.

² Näheres unter: http://ec.europa.eu/budget/library/biblio/documents/multiannual_framework/HLGOR_1stassessment2014final_en.pdf.

³ Durch eine angemessene Veränderung des Eigenmittelsystems würde Artikel 201 der Römischen Verträge doch noch wirklich umgesetzt, da der EU-Haushalt nach wie vor im überwiegenden Maße durch Beiträge der Mitgliedstaaten finanziert wird.

⁴ Nähere Informationen unter: <http://ekonom.sav.sk/sk/publikacie/-p316>.

⁵ Nähere Informationen unter: http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.publications.38639&_cldee=dmlsaWFTQBhbGVuaWsuc2s%3d&urlid=4.

VOM HOF FRISCH AUF DEN TISCH – GEMEINSAM FÜR HOCHWERTIGE LEBENSMITTEL

21 April 2016, Den Haag

Vom Hof Frisch auf den Tisch – gemeinsam für hochwertige Lebensmittel

Landwirte, Verbraucher, Wissenschaftler und politische Entscheidungsträger gehörten zu dem breiten Teilnehmerkreis einer Veranstaltung der Gruppe III „Verschiedene Interessen“ des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses in Den Haag (NL) über die Zukunft von Lebensmittelherzeugung und -verbrauch.

Eine nachhaltige Lebensmittelpolitik umfasst zahlreiche Elemente: Sicherung der Existenzgrundlage der Landwirte und der Arbeitnehmer des Agrarsektors, Förderung gesunder Ernährungsgewohnheiten – vor allem bei Kindern – sowie Umweltschutz und gleichzeitige Gewährleistung der Versorgung mit hochwertigen, erschwinglichen Lebensmittelzeugnissen.

Die Gruppe „Verschiedene Interessen“ des EWSA wollte möglichst viele unterschiedliche Akteure zusammenbringen, um Empfehlungen für den EU-Ratsvorsitz zu erarbeiten.

In seiner Einführung stellte der Gruppenvorsitzende Luca Jahier das Fehlen eines umfassenden Konzepts der EU für die Nachhaltigkeit von Lebensmitteln heraus. „Weltweit müssen rund 800 Mio. Menschen ständig Hunger leiden; mehr als 2 Milliarden Menschen sind unterernährt“, stellte er fest. „Dennoch kommt es erschreckenderweise bei den für den menschlichen Verzehr erzeugten Lebensmitteln entlang der Lebensmittelversorgungskette zu einer Verschwendung bzw. zu Verlusten von jährlich 1,3 Milliarden Tonnen. Ein Wandel ist nötig, wünschenswert und machbar“, betonte er.

Die Veranstaltung ging teilweise auf eine aktuelle Studie des wissenschaftlichen Beirats der niederländischen Regierung (Wetenschappelijke Raad voor het Regeringsbeleid – WRR) mit dem Titel „Towards a Food Policy“ zurück, in der Investitionen in ein widerstandsfähiges Lebensmittelsystem gefordert werden.

Die Mitverfasserin der Studie, Josta de Hoog, unterstrich auf der Konferenz, dass Erzeugung und Verbrauch in einer Wechselbeziehung zueinander stehen, und forderte, landwirtschaftliche Produktion, ökologische Nachhaltigkeit und Gesundheit in einer übergreifenden Lebensmittelpolitik zu verankern. Aldrik Gierveld, der das niederländische Wirtschaftsministerium vertrat, betonte, dass sich die Regierung verpflichtet hat, dieses Thema während des niederländischen Ratsvorsitzes auf die Tagesordnung der EU zu setzen.

Der dritte Hauptredner, das ehemalige Kommissionsmitglied Franz Fischler, konzentrierte sich in seinen Ausführungen auf den Nutzen einer fachübergreifenden innovativen Forschung im Hinblick auf die Herbeiführung eines Wandels des Lebensmittelsystems.

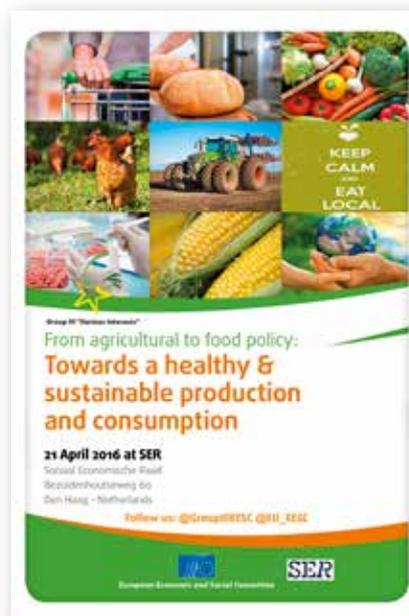
Im weiteren Verlauf der Konferenz erörterten die Podiumsteilnehmer mit den rund 100 Konferenzteilnehmern, was eine umfassende Lebensmittelpolitik ausmachen sollte und wie sie sich von den Behörden in Zusammenarbeit mit allen an der Lebensmittelkette beteiligten Akteuren

umsetzen lässt. An den Podiumsdiskussionen, die von Vertretern dreier an diesem Prozess beteiligter großer europäischer Organisationen – COPA-COGECA, BEUC und EEB – moderiert wurden, beteiligten sich Redner, die das Thema aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln angingen. Beispielsweise stellten die Umweltschützer und Ernährungsberater die Notwendigkeit in den Mittelpunkt, die Menschen zu einem geringeren Fleisch- und Milchprodukteverzehr zu bewegen. Landwirte und Raumplanungsexperten sprachen sich für eine Steigerung der Effizienz der bestehenden Produktion aus, wobei der Einsatz nachhaltiger Methoden innerhalb der EU und im Handel mit den Entwicklungsländern sichergestellt werden sollte.

Am Ende der Konferenz zog Luca Jahier den Schluss, dass trotz der unterschiedlichen Herangehensweisen der Teilnehmer weitgehend Einigkeit über die Notwendigkeit einer umfassenden Lebensmittelpolitik herrsche. Der Vorsitzende der Gruppe III plädierte dafür, dass sich die politischen Entscheidungsträger in Zusammenarbeit

mit den relevanten Akteuren unverzüglich mit diesem Paradigmenwechsel befassen sollten.

In den aus dieser Veranstaltung hervorgegangenen breit gefächerten Empfehlungen wird eine nachhaltigere landwirtschaftliche Erzeugung gefordert, um den Klimawandel zu bremsen und die natürlichen Ressourcen zu schützen. Sie erstrecken sich auf die Bereiche öffentliche Gesundheit, Bildung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit, Forschung





© Shutterstock

und Innovation, Lieferketten und Lebensmittelsicherheit. „Gesunde und nachhaltige Lebensmittelerzeugung und gesunder und nachhaltiger Konsum sollten für Erzeuger und Verbraucher gleichermaßen eine einfache und erschwingliche Wahl sein“, so das Fazit der Teilnehmer.

Die Einrichtung eines internationalen Gremiums für Lebensmittel und Ernährungssicherheit wäre ein deutlicher erster Schritt in Richtung einer intensiveren Zusammenarbeit und eines interdisziplinären Ansatzes bei der Politikgestaltung. Darüber hinaus könnte die Europäische Kommission eine kohärentere Strategie entwickeln, indem sie eine dienststellenübergreifende Taskforce zur Konzipierung einer EU-Lebensmittelpolitik bildet.

Die Empfehlungen umfassen auch Beispiele bestehender bewährter Vorgehensweisen. So hat etwa die niederländische Stadt Ede gemeinsam mit Partnern, zu denen auch das örtliche Krankenhaus, Unternehmen und Schulen zählen, ein Programm inspirierender Veranstaltungen und Projekte zum Thema Lebensmittel entwickelt, das sämtliche Bereiche von der Wissenschaft bis zur Unterhaltung abdeckt. Mit der Kampagne zur Förderung einer flexitarischen Ernährungsweise – ebenfalls in

den Niederlanden – wird für eine abwechslungsreiche, fleischärmere Ernährung geworben.

Die Empfehlungen waren nicht nur an alle EU-Institutionen gerichtet, sondern sollten auch in ein vom niederländischen EU-Ratsvorsitz gefordertes informelles Treffen der Landwirtschaftsminister im Mai 2016 einfließen, das eine Debatte über die Zukunft der Lebensmittel und die Gemeinsame Agrarpolitik nach 2020 anstoßen dürfte. Der Ratsvorsitz hat bereits den EWSA ersucht, eine Sondierungsstellungnahme zum Thema Nachhaltigere Lebensmittelsysteme zu erarbeiten, deren Berichterstatter Mindaugas Maciulevičius, Mitglied der Gruppe III, ist. Die Gruppe III hofft, dass der EWSA sich auch weiterhin für die Entwicklung einer umfassenden Lebensmittelpolitik in den kommenden Jahren stark machen wird.

Sekretariat der Gruppe „Verschiedene Interessen“

Ein Wandel ist nötig,
wünschenswert und
machbar.

Time will change: Living colours and Biobased collection



Die erste Ausstellung im Zusammenhang mit dem niederländischen EU-Ratsvorsitz fand vom 16. März bis 15. April statt.

Dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) war es eine Ehre, die Ausstellung in seinen Räumlichkeiten zu zeigen, da sowohl die Kreativität junger Menschen als auch Initiativen für eine nachhaltige Zukunft wichtig für Europa sind.

Talentierte Studierende der AKV St Joost School of Fine Art and Design und des Centre of Expertise Biobased Economy (CoE-BBE) trugen mit ihren innovativen Ideen zur Nutzung von biobasierten Materialien und einem Design, das die Vergänglichkeit von Zeit verdeutlicht, gemeinsam zu dieser Ausstellung bei.

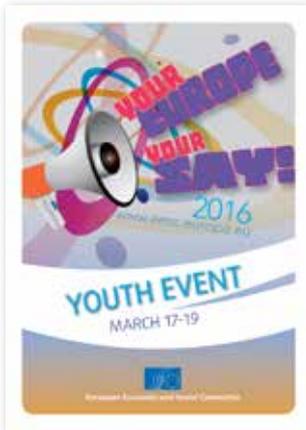


Living colours illustriert, wie das Nachhaltigkeitskonzept durch eine kreative Nutzung natürlicher Farben zum Färben von Stoffen bei der Raumgestaltung eingesetzt werden kann. Die Künstler machten sich die technischen und chemischen Eigenschaften von Pflanzenfarben zunutze, um Teppiche und Vorhänge zu gestalten, auf denen durch Ausfärben mit der Zeit Muster zu Tage treten. Durch das Färben von Haushaltsgegenständen mit natürlichen Farben, die im Zuge ihres Gebrauchs verblassen und sich verändern, entstehen dynamische Innenräume, die sich mit der Zeit tatsächlich verändern.

Biobased collection ist ein Beispiel dafür, wie Materialien aus natürlichen Rohstoffen präsentiert werden können, um sie für die Nutzer leichter verständlich und attraktiver zu machen. Anhand von Gebrauchsgegenständen wie Wegwerfbechern und Eierkartons aus ungewöhnlichen, aber nachhaltigen Materialien wird gezeigt, dass eine umweltfreundlichere Zukunft möglich ist.

Merve Güngör (VIP)

Jugendplenartagung „Your Europe, Your Say“ (YEYS) 2016



Seit 2010 organisiert der EWSA alljährlich die Jugendplenartagung „Your Europe, Your Say“, bei der sich Schülerinnen und Schüler aus ganz Europa mit Themen auseinandersetzen, die sie selbst betreffen, und eigene Lösungsansätze dazu vorschlagen. Die zweitägige Veranstaltung bietet den Jugendlichen die Chance, Gleichaltrige aus verschiedenen europäischen Ländern in einem internationalen Umfeld zu treffen, miteinander zu diskutieren und an der eigenen Haut zu erfahren, was es bedeutet, an einer Plenartagung teilzunehmen.

Jedes Jahr melden sich Schulen der Sekundarstufe aus ganz Europa zur Teilnahme an, die dann nach dem Zufallsprinzip ausgewählt werden.

In der Folge werden je drei Schüler und ein Lehrer aus den ausgewählten Schulen nach Brüssel eingeladen, um an den Workshops teilzunehmen und Vorschläge zu unterbreiten. In diesem Jahr konnten zum ersten Mal auch Schulen aus fünf Bewerberländern (Albanien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Serbien, Montenegro und Türkei) teilnehmen. Aus den über 400 Bewerbungen wurden 33 Schulen ausgewählt, und 99 Schülerinnen und Schüler konnten im Rahmen von YEYS ihre Standpunkte zum diesjährigen Thema „Integration von Migranten und Flüchtlingen in unsere Gesellschaft“ darlegen.

Am ersten Tag standen einige Kennlernspiele auf dem Programm, die Schüler tauschten sich über ihre Wurzeln in den verschiedenen Teilen Europas aus und wurden einander etwas vertrauter. Anschließend wurden sie nach eigenem Interesse in themenspezifische Gruppen aufgeteilt und nahmen an mehreren Workshops und Arbeitssitzungen teil.

Der Vizepräsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses Gonçalo Lobo Xavier erläuterte zu Beginn des zweiten Tages der Jugendplenartagung das pädagogische Spiel „R U Ready“, bei dem die Teilnehmer mehr über die EU und die Rolle des EWSA lernen. Im Rahmen dieses Spiels machen sich die Schülerinnen und Schüler für ihre politischen Ideen stark und versuchen die anderen Teilnehmer zu beeinflussen. Mehr Informationen zu dem Spiel finden Sie hier: <http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.r-eu-ready>.



In der letzten Plenarsitzung präsentierten die Schülerinnen und Schüler ihre Vorschläge, stellten klärende Fragen, setzten sich mit den anderen Gruppen auseinander und wählten aus den zehn Vorschlägen die besten drei aus, über die dann abgestimmt wurde. Der demokratische Prozess, an dem sie teilnahmen, ist ein schönes Symbol für die Vielfalt, die Demokratie und den Respekt in Europa, und das Engagement, das sie zeigten, hat Vorbildcharakter.



Vor ihrer Ankunft in Brüssel stattete ein EWSA-Mitglied den Schülerinnen und Schülern einen Besuch an ihrer Schule ab, um die Arbeiten im Plenum vorzubereiten. Außerdem informierten die Mitglieder bei ihren Besuchen über den EWSA, seine Tätigkeiten und seine Rolle im Gefüge der EU Institutionen. Die Lehrer bedankten sich für die fruchtbaren und anregenden Debatten, die durch die Besuche der Mitglieder angestoßen worden seien.

Folgende drei Vorschläge, die von den Schülerdelegationen unterbreitet wurden, erhielten dieses Jahr die meisten Stimmen:

- 1. Medien und Migranten - Medienreform mittels Investitionen aus der EU:** Vorschläge zur Durchsetzung strengerer Richtlinien für die Berichterstattung über Migrationsfragen sowie weitere Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung und Bekämpfung von Diskriminierung;
- 2. Überarbeitung der Dublin-Regelung:** Hotspots, schnellere Asylverfahren sowie Sprach- und Kulturunterricht für Flüchtlinge vor ihrer Verteilung auf alle EU-Mitgliedstaaten;
- 3. Bildungsplan - zunächst keine Benotung, Kulturaustausch, Anpassung nach eigenem Rhythmus:** Erleichterung des Einstiegs von Flüchtlingen in das Bildungssystem sowie Anerkennung der Bedeutung von Bildung für die Integration.

Die Vorschläge wurden im Rahmen des Europäischen Migrationsforums der ständigen Studiengruppe Einwanderung und Integration (IMI) im April 2016 präsentiert. Weitere Informationen über „Your Europe, Your Say“ finden Sie unter: <http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.events-and-activities-your-europe-your-say-2016> sowie auf der Facebook-Seite: <https://www.facebook.com/youreuropeyoursay/>.

Merve Güngör (VIP)

Ja zur Schaffung einer europäischen Säule sozialer Rechte

Kommissionspräsident Juncker kündigte in seiner Rede zur Lage der Union vom 9. September 2015 an: „Ich möchte eine europäische Säule sozialer Rechte entwickeln, die die sich verändernden Realitäten in der Arbeitswelt widerspiegelt und die uns als Kompass für eine erneute Konvergenz innerhalb des Euro-Raums dienen kann.“ Diese europäische Säule sozialer Rechte ist für die Gruppe Arbeitnehmer von größtem Interesse.

Gruppe II begrüßt daher den Start einer öffentlichen Konsultation über die sozialen Rechte. Die erklärten Ziele dieser Konsultation umfassen eine Bewertung des derzeitigen EU-Rechtsbestands im Bereich Soziales, Überlegungen über neue Trends in Bezug auf Beschäftigungsmodelle und gesellschaftliche Entwicklung sowie eine allgemeine Diskussion über die europäische Säule sozialer Rechte. Diese Diskussion sollte auch Aspekte wie Anwendungsbereich, Inhalt, Funktion als Teil der WWU, spezifische vorgeschlagene Grundsätze und mögliche Herausforderungen im Zusammenhang mit der sozialen Säule umfassen.

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss wurde auch direkt mit diesem Thema befasst und wird eine Studiengruppe einrichten, um zur Arbeit der Kommission Stellung zu nehmen. Gruppe II wird in dieser Studiengruppe eine aktive Rolle spielen. Die Vorsitzende der Gruppe II, Gabriele Bischoff, wird zusammen mit den Vorsitzenden der Gruppe I und III als Mitberichterstellerin fungieren.

Wie die Beteiligung aller drei Gruppenvorsitzenden deutlich macht, geht diese Stellungnahme über den Rahmen normaler Studiengruppenarbeit hinaus.

Es herrscht Einvernehmen darüber, dass die soziale Säule zum einen von immenser Bedeutung ist, und zum anderen den Zuständigkeitsbereich einer einzigen Fachgruppe übersteigt. Deshalb sollen die Sichtweisen und Auffassungen eines breiten Spektrums von Akteuren aus allen EU-Mitgliedstaaten aufgegriffen werden. Frau Bischoff kündigte auf der Fachgruppensitzung am 27. April an, dass 28 einzelstaatliche, von EWSA-Mitgliedern koordinierte Debatten lanciert werden. Die Ergebnisse dieser Debatten werden dann bei der Erarbeitung der Stellungnahme aufgegriffen.

Zu den Prioritäten der Gruppe Arbeitnehmer für 2016/2017 gehört auch eine starke soziale Dimension und eine gute Rechtsetzung im Sinne des sozialen Fortschritts. Außerdem wurde einer WWU im Dienste der Menschen Priorität eingeräumt. Es ist also keine Überraschung, dass sich die Mitglieder der Gruppe Arbeitnehmer stark für Fortschritte bezüglich der europäischen Säule der sozialen Rechte engagieren, insbesondere im Hinblick auf die Hoffnungen, dass damit nicht nur die WWU vertieft, sondern auch die sozialen Rechte aktualisiert, ausgebaut und vertieft werden.

Derzeit ist geplant, dass die Stellungnahme über dieses Thema am 27. September 2016 in der Fachgruppe und am 19./20. Oktober 2016 im Plenum auf der Tagesordnung steht.

Gabrielle Bergen (Gruppe II)

Wiederankurbelung der Investitionen in der EU Kommissar Hill diskutiert mit dem EWSA über Abhilfemaßnahmen

Am 14. April 2016 fand eine Sitzung der Fachgruppe ECO des EWSA statt, in der das für Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und die Kapitalmarktunion zuständige Kommissionsmitglied Jonathan Hill einen Überblick über laufende und künftige Initiativen im Bereich der Kapitalmarktunion und Bankenunion gab. Eine der obersten Prioritäten der Kommission sei es, die Investitionen wieder anzukurbeln, so Hill. Dazu seien polyvalentere Kapitalmärkte und eine stärkere Bankenunion erforderlich. Außerdem würden alternative Finanzierungsquellen benötigt, da beispielsweise die europäischen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) vier Mal abhängiger von den Banken seien als solche Unternehmen in den USA. Eine Abhilfemaßnahme stelle die vorgeschlagene Überarbeitung der Prospekttrichtlinie dar, die die Beschaffung von Kapital auf den Kapitalmärkten erleichtern werde.



Während der anschließenden allgemeinen Aussprache mit dem Kommissionsmitglied warfen die EWSA-Mitglieder Fragen zu folgenden Themen auf: Rolle der Geldpolitik, Zeitrahmen für die Erreichung der gewünschten Ergebnisse der Kapitalmarktunion sowie unterschiedliche Möglichkeiten für große und kleine Unternehmen beim Zugang zu Finanzierungsquellen. Weitere Themen waren der dramatische Einbruch der Nachfrage, das mangelnde Vertrauen der Investoren, die negativen Auswirkungen der Sparmaßnahmen oder die insgesamt schwache Architektur der Wirtschafts- und Währungsunion. Darüber hinaus wurde Jonathan Hill gebeten, seine Einschätzung zum bevorstehenden Referendum über die EU-Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs zu geben.

Der Kommissar betonte, dass die größte Herausforderung für die EU das fehlende Wachstum sei und die Bestimmungen darauf ausgerichtet sein sollten, entsprechende Impulse zu setzen. Ferner sei es dringend notwendig, ein vertrauensbildendes Umfeld zu schaffen, damit wieder Investitionen fließen. Aus diesem Grund sei die Regulierung der Finanzmärkte von entscheidender Bedeutung, da sie eine solide Grundlage für die Gewährleistung von Transparenz und Verbraucherschutz bilde. Zu dem drängenden Problem des Zugangs zu Finanzmitteln für mittelständische Unternehmen erklärte Hill, dass verschiedene Initiativen, die auf Investitionen durch Business Angels, Risikokapitalbeteiligung, Crowd-Finanzierung und Börsennotierung von KMU ausgerichtet seien, die schwierige Lage verbessern dürften. Schließlich empfahl das Kommissionsmitglied einmal mehr, aus bewährten Verfahren zu lernen, und rief die Mitgliedstaaten dazu auf, Strukturreformen durchzuführen, um zur Bewältigung der Krise beizutragen.

Zum Referendum im Vereinigten Königreich über dessen Mitgliedschaft in der EU sagte Jonathan Hill, dass eine negative Abstimmung enorme Konsequenzen für die Finanzdienstleistungsbranche des Vereinigten Königreichs hätte, da die EU deren größter Exportmarkt sei. London stehe im Ruf, den wettbewerbsfähigsten Finanzdienstleistungssektor der Welt zu haben. Deshalb könnten die EU-Vorschriften nicht zu strikt oder für das Vereinigte Königreich schädlich sein. Zum Abschluss erläuterte er, dass der Austritt aus der EU für das Vereinigte Königreich langwierig, schwierig und unwägbare wäre, wobei letzteres eine äußerst abschreckende Wirkung auf Investoren hätte.

Sylwia Zdziech (ECO)

Tag der Europäischen Bürgerinitiative

Stichwort: Zivilgesellschaft. In Kürze: Das Referat Zivilgesellschaft und Studien ist seit Kurzem mit den beiden wichtigen Veranstaltungen *Tag der Europäischen Bürgerinitiative* und *Tage der Zivilgesellschaft* beschäftigt.

Die erste der beiden Veranstaltungen hat bereits stattgefunden, für die zweite sind die Vorbereitungen noch im Gange.

Während der Verlauf der *Tage der Zivilgesellschaft*, deren diesjähriges Programm sich auf zwei Tage erstreckt und dem Thema Migration gewidmet ist, nur schwer abzusehen ist, lässt sich indes zum *Tag der Europäischen Bürgerinitiative* allerhand sagen. Die Debatte wurde mehrfach hitzig geführt, insbesondere wegen der Entscheidung der Kommission, keine Änderungen an der Verordnung (EU) Nr. 211/2011 zur Durchführung der EBI (Europäische Bürgerinitiative) im Einklang mit Artikel 11 EUV und Artikel 24 AEUV vorzunehmen.

Auslöser mitunter heftiger Spannungen zwischen den Teilnehmern und den EU-Organen war das Fernbleiben von Frans Timmermans, Vizepräsident der Europäischen Kommission, das bei den Teilnehmern, die den Organen bereits mangelnde politische Unterstützung vorgeworfen hatten, eine gewisse Enttäuschung und Frustration hervorrief. Neuesten Gerüchten zufolge könnte eventuell mit einer Überarbeitung der Verordnung bis Ende 2017 zu rechnen sein, aber diese Spekulationen sind bislang gänzlich unbestätigt. Bürger und Organisatoren von EBI fordern eine Vereinfachung der Verfahren für die Organisation und Vorbereitung von EBI, die noch immer durch ein Korsett allzu starrer Regeln, die den praktischen Anforderungen einer solchen Initiative nicht gerecht werden, eingeschränkt sind. An diesem Tag, an dem nicht nur Konferenzen und Workshops stattfanden, sondern sogar eine Abstimmung durchgeführt wurde, in der die Partner Gelegenheit hatten, die Initiative zu unterstützen oder Kritik zu äußern, wurde also die rote Karte gezeigt. **Was fordern nun die Mitglieder der organisierten Zivilgesellschaft? Ein besseres, offenes und transparenteres Europa, in dem die Entscheidungsträger an einem Strang ziehen und sich der Bürgerbeteiligung öffnen.** Einige Organisatoren von EBI haben den Eindruck, dass die Kommission an einer Veränderung nicht wirklich interessiert ist, teilweise auch aus Angst vor einer schlechten Handhabung des Instruments selbst. Daher liegt es auf der Hand, dass es bei diesem Thema noch keinen Grundkonsens gibt, aber der Europäische

Wirtschafts- und Sozialausschuss hat die Pflicht, die Bürger bei diesem Engagement zu unterstützen.

Anders sieht es – zumindest dem Plan nach – für die Tage der Zivilgesellschaft aus, eine inzwischen regelmäßige Begegnung der verschiedenen Fachgruppen des Ausschusses und der Mitgliedern der Kontaktgruppe mit der organisierten Zivilgesellschaft auf europäischer Ebene. Bei dieser Gelegenheit soll über Migration gesprochen werden. Und auch darüber, wie sich Europa langfristig strukturieren und seine Sicherheit wahren kann – ohne die Offenheit zu verlieren, die es kennzeichnet. In verschiedenen Workshops, die teils von zwei Fachgruppen des Ausschusses (REX, SOC) und teils von externen Organisationen (ECAS, CEV, EYF, AEDH und Solidar) ausgerichtet werden, haben die Teilnehmer einmal mehr Gelegenheit, ihre Standpunkte zu vertreten. Es werden auch mehrere führende Persönlichkeiten in diesem Bereich teilnehmen, wie z.B. Conny Reuter, Vorsitzender der Kontaktgruppe und Präsident von Solidar, oder Cecile Kyenge, Berichterstatterin über die Lage der Migranten im Europäischen Parlament. Weitere Mitglieder des Europäischen Parlaments werden an den verschiedenen Workshops teilnehmen. **Auf der Veranstaltung sollen drei Hauptthemen behandelt werden: die Beziehung zwischen Sicherheit und Freiheit, die verschiedenen Modalitäten für Inklusion und Integration und die möglichen Antworten auf die Krise.** Angesichts der Aktualität des Themas und der Unsicherheit bezüglich der künftigen Entwicklungen findet die diesjährige Veranstaltung besonders viel Resonanz und wir hoffen auf viele Teilnehmer.

Es ist nach wie vor schwierig, von Unionsbürgerschaft zu sprechen, weil zu wenige Menschen wissen, wie die Beteiligung an der Arbeit der Organe funktioniert. Unsere Aufgabe besteht darin, dieses Wissen durch Informations- und Sensibilisierungskampagnen in den Mitgliedstaaten zu verbreiten; gleichzeitig müssen wir innerhalb der Institutionen dafür kämpfen, dass die Entscheidungsträger den Bürgern einen angemessenen Handlungsspielraum einräumen und eine faire Behandlung zuteilwerden lassen. Bis dahin ist es noch ein weiter Weg, aber durch die Nutzung von Instrumenten wie die Europäische Bürgerinitiative kann das demokratische Defizit erheblich verringert werden. Daran haben unsere Gründerväter geglaubt, daran haben auch wir zu glauben.

Silvia Giacon (CSS)



ZOOM AUF DIE VEM – IM HERZEN DER GENERALVERSAMMLUNG

Wie überall so werden auch im EWSA existenzielle Überlegungen zu den Anschlägen, der Zukunft Europas oder der Einwanderung angestellt. Aber es gibt auch schöne Anlässe wie die Generalversammlung der VEM, zu der viele Mitglieder gekommen sind. Die Vereinigung bemüht sich darum, die Öffentlichkeit zu sensibilisieren, den EWSA und seine institutionellen Tätigkeiten zu fördern sowie die Kontakte zwischen den beiden Einrichtungen zu stärken. Der Ton ist vorgegeben!

Die Generalversammlung beginnt am 11. April 2016 um 11.00 Uhr im Civitas-Saal im Anschluss an die Vorstandssitzung. Der Vorstand sitzt dem Vorsitzenden gegenüber. Die Szenerie ist die gleiche wie immer, außer dass viele neue Gesichter zu sehen sind. Die ersten Teilnehmer treffen kurz vor 9.00 Uhr im EWSA ein und in den folgenden zwei Stunden steigt ihre Zahl auf beinahe 80. Eine Leistung angesichts der Verkehrsprobleme, unter denen Brüssel über Gebühr zu leiden hat.

Roger Briesch, ehemaliger Präsident des EWSA und derzeitiger Vorsitzender der VEM, begrüßt die neuen Mitglieder mit dem für ihn typischen Wohlwollen, lässt die Tagesordnung annehmen und bittet darum, eine Schweigeminute zum Gedenken an die verstorbenen Mitglieder einzulegen.

AUF KEINEN FALL EULEN NACH ATHEN TRAGEN

Anschließend geht es um möglicherweise unerfreuliche Themen: die Bekanntgabe der Ergebnisse 2015, die Finanzprognosen für 2016, die Offenlegung von Projekten, die Erhöhung der Beiträge. Die Fragestunde beginnt. Die Gemüter erhitzen sich und die Neugier der Neuzugänge erwacht.

Als nächstes steht die Neubesetzung des derzeitigen Vorstands an, der für ein weiteres Jahr bestätigt wird. Gleich im Anschluss wird die Frage der



künftigen Zusammensetzung des Vorstands diskutiert. Die Auffassungen sind zwischen der gegenwärtigen und der früheren Zusammensetzung, bei der es eine Beschränkung nach Nationalitäten gab, geteilt. Infolge dieses kurzen Wortgefechts bilden sich bei der Diskussion über die Erhöhung des Frauenanteils im Vorstand automatisch zwei Lager. Hic labor est!



Der Vorstand und die Kanzlei werfen ihr ganzes Gewicht in die Waagschale, um die Diskussion zu entschärfen. Der derzeitige Vorstand soll demnächst eine Untersuchung durchführen lassen. Die Versammlung stimmt frisch-fröhlich über die verschiedenen Punkte auf der Tagesordnung ab.

Bleibt der letzte Tagesordnungspunkt, das Sahnehäubchen. Als der Vorsitzende die Reise nach Oxford im September anspricht, löst dies große Überraschung aus. Durch den drohenden Brexit ist der Ton vorgegeben, und der britische Humor trifft mit dem Hinweis auf die Volksabstimmung am 23. Juni, die diese Expedition ins Wasser fallen lassen könnte, genau ins Schwarze. Alle Nationalitäten amüsieren sich köstlich, und anschließend sind die britischen Veranstalter sehr bemüht, die Einzelheiten des Aufenthalts zum Thema Bildung genau darzulegen.

BUNTES GEZWITSCHER

Die ehemaligen Mitglieder nutzen die Gelegenheit, um Nikos Alexopoulos und Georges Dassis ganz herzlich für die nette Einladung zur Mittagspause zu danken. Es entwickeln sich diverse Gespräche und Affinitäten mit den Neuzugänglingen.



DIE DREI GRUPPEN IN AKTION

Die Teilnehmer nehmen die Arbeiten wieder auf. Nicolas Alexopoulos vertritt Präsident Dassis, der im Ausland ist. Er begrüßt die Mitglieder und bekundet seine Entschlossenheit, die Sachkenntnis der ehemaligen Mitglieder in die aktuellen Arbeiten des EWSA zur Bewältigung der Herausforderungen einzubeziehen, denen sich die Europäische Union heute gegenüber sieht. Dann ergreift EWSA-Generalsekretär Luis Planas das Wort, weist auf die Bedeutung der VEM für den EWSA hin und sagt seine Unterstützung sowie die des gesamten Sekretariats zu.



Im weiteren Programm stechen die Ausführungen von Luca Jahier, José Antonio Moreno Díaz und Antonello Pezzini hervor. Nichts entgeht ihnen. Die wichtigsten aktuellen Themen werden angesprochen: Migration, Klimawandel, Bedeutung der Informationstechnologien und soziale Rechte. Es wird die Frage eines möglichen Brexit aufgeworfen, die eine hitzige Debatte auslöst. Natürlich liegt die Entscheidung bei den britischen Bürgern, aber alle Mitglieder – die derzeitigen wie die ehemaligen – unterstreichen, dass ihnen alle relevanten Informationen zur Verfügung gestellt werden müssen, damit sie ihre Wahl in voller Kenntnis der Sachlage treffen können. Unmöglich, allen ehemaligen Mitgliedern das Wort zu erteilen. Das Interesse ist groß, die Visionen sind klar und die Ideen der ehemaligen Mitglieder zweifellos ausgezeichnet. Der EWSA kann sich diese in Zukunft zunutze machen.



VORHANG

Vier Stunden intensive Diskussionen... Pause... Viel versprechende Düfte im Restaurant. Das traditionelle Abendessen in der Maison du Cygne findet in sehr geselliger Atmosphäre statt. Die in der Nr. 26 an der Ecke der Grand-Place gezauberten Gerichte sind ein voller Erfolg... Hier, gleich neben der Statue von t Serclaes, muss man sich gemäß dem alten Brauch natürlich auch etwas wünschen... Mademoiselle Bruxelles, du wirst uns nächstes Jahr zahlreich wiedersehen.

Maria Cossu (Greffe). Natália Schneiderová hat an diesem Artikel mitgewirkt



STÄRKUNG VON WIRTSCHAFTSWACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG DURCH IKT

Eine der langfristigen Prioritäten der EU ist die Ausweitung der Internetnutzung sowohl im täglichen Leben als auch in der Unternehmertätigkeit. Am Ende des italienischen Ratsvorsitzes diskutierten Experten auf einer vom EWSA in Palermo zum Thema *Boosting growth and employment through improving ICT infrastructures and broadband* veranstalteten Konferenz über die Perspektiven der Entwicklung des Internet und die dafür notwendige Unterstützung. Die Konferenz fand vermutlich deshalb in Sizilien statt, weil, wie viele Redner betonten, das Internet für die Erleichterung der Kontakte der Inseln zum Festland wichtig ist. Das Fehlen einer Internetverbindung am Veranstaltungsort unterstrich die Notwendigkeit, die Internetzugänglichkeit zu verbessern.

Das Internet ist wichtig sowohl im privaten Alltag, denn es verhindert die Vereinsamung der Menschen und macht Dienstleistungen und Waren leichter zugänglich, als auch in der Unternehmertätigkeit, denn es trägt zur Verringerung der Kommunikationskosten und zur Erweiterung des Zugangs der Kunden und Partner bei. Leider gibt es in vielen Gebieten außerhalb der Großstädte nach wie vor aus technischen Gründen keinen Internetzugang. Hingegen ist es vielerorts, wo das Internet technisch zugänglich ist, zu teuer; in einzelnen Ländern belaufen sich die monatlichen Nutzungsentgelte auf mehr als fünf Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens.

Die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds für den Zeitraum 2014-2020 ermöglichen es, die Investitionen auf vier zentrale Prioritäten, darunter IKT (thematisches Ziel Nr. 2) zu konzentrieren. Alle Länder sollten diese Gelegenheit nutzen, um mehr Nachdruck auf die Umsetzung der Ziele der digitalen Agenda zu legen. Als eine Möglichkeit bietet sich der Ausbau von Hochgeschwindigkeits-Breitbandnetzen an, der für verschiedene Regionen, beispielsweise Kampanien und Kalabrien in Italien, bereits erhebliche Unterschiede bewirkt hat. Der Beitrag aus den Strukturfonds deckt teilweise das Risiko von Vorhaben im Rahmen der Initiative Connected Communities und bietet lokalen Gemeinschaften, die sich schwer tun, Investitionen anzuziehen, technische Unterstützung.



Durch die Umsetzung der digitalen Agenda sollen in der EU jährlich ca. 100 000 neue Arbeitsplätze im IKT-Bereich geschaffen, die Entwicklung des Fremdenverkehrs gefördert und der grenzüberschreitende Handel entwickelt werden. Dank Websites und Online-Buchungsportalen für Unterkünfte werden so selbst die kleinen Gasthäuser für Millionen potenzieller Besucher zugänglich. Und die Kleinerzeuger wie beispielsweise der Hersteller eines Fruchteis in Neapel können potenzielle Käufer ihrer Produkte über alle Grenzen hinweg bis nach Japan erreichen. Auch im sozialen Bereich kommt dies den Menschen zugute, indem für

die Einwohner abgelegener Gebiete augenblickliche ärztliche Beratung sichergestellt wird. Und natürlich gibt es schon längere Zeit Fernstudienangebote.

Unsere Aufgabe ist es, die Digitalisierung vor allem in den ländlichen Gebieten sowohl in technischer als auch in finanzieller Hinsicht zu fördern, indem wir die Gesellschaft über ihre Möglichkeiten aufklären, am Ausbau der Zugänglichkeit der Internetdienste mitzuwirken, und indem wir die europäischen Fördermittel bei der Sicherstellung des Internetzugangs sinnvoll einsetzen.

Es steht zu hoffen, dass die zuständigen Mitglieder der Europäischen Kommission – Andrus Ansip, Vizepräsident für den digitalen Binnenmarkt, und Jyrki Katainen, Vizepräsident für Beschäftigung, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit – in

der Lage sein werden, die digitale Entwicklung im Einklang mit den Interessen der Nutzer zu lenken und nicht dem Druck der Kommunikationsindustrie zur Modernisierung der Digitalisierung unter Einschränkung des Wettbewerbs und Verteuerung der Dienste nachzugeben.

Henriks Danusēvičs (VEM)

Eine der langfristigen Prioritäten der EU ist die Ausweitung der Internetnutzung sowohl im täglichen Leben als auch in der Unternehmertätigkeit.

Entdecken Sie den Südwesten Frankreichs



Als meine Amtszeit im September 2015 endete, habe ich mir die Frage gestellt, die schon viele ehemalige Mitglieder vor mir beantworten mussten: „Gibt es ein Leben nach dem Ausschuss?“ Neun Jahre lang engagiert man sich für Europa, begegnet Mitgliedern, deren Erfahrung und Persönlichkeit man in den Studiengruppen entdeckt, diskutiert über Themen, die einem bis dahin unbekannt waren... eine solche Erfahrung prägt einen zutiefst, und man fragt sich wirklich, wie es danach weitergehen kann.

Der Ausschuss ist etwas ganz Besonderes, die Vielfalt der Erfahrungen und Kulturen der Mitglieder, ihre oftmals sehr interessante Persönlichkeit – sie wurden nicht zufällig von ihren Organisationen benannt, um diese auf europäischer Ebene zu vertreten, denn sie sind bekannt für ihren Freimut, ihre Analysen, ihre Überzeugungen und für ihre Fähigkeit, für ihre Ideen einzutreten und neue zu akzeptieren. Das Leben im Ausschuss verändert einen, es verleiht einem eine große Offenheit gegenüber der Welt, Toleranz und die Fähigkeit zum Zuhören, die nötig sind, um Kompromisse zu schmieden.

Wie kann man danach weiterleben? Natürlich ist man weiterhin für seine Organisation tätig, tritt mit seiner erworbenen Erfahrung für den Schutz des europäischen Ideals ein und widmet sich jeden Tag dem „Going local“ in den Schulen, Verbänden und Hochschulen.

Auch ich tue dies, doch habe ich mich entschlossen, mehr zu tun: Ich möchte Europäer bei mir aufnehmen, um ihnen die französische Region zu zeigen, in der ich lebe und die ich liebe; sie verfügt über ein einzigartiges Kulturerbe aus der Zeit des Hundertjährigen Krieges, den sich die Könige und Herzöge Frankreichs und Englands zwischen 1337 und 1453 geliefert haben und der hier viele Spuren hinterlassen hat; diese Gegend ist aber auch von den Pilgertouren nach Santiago de Compostela geprägt.

Mein Haus liegt am Jakobsweg, auf dem während des gesamten Mittelalters Pilger unterwegs waren und heutzutage Spaziergänger und Wanderer jeden Morgen von April bis November vorbeiziehen. Jetzt kommen die „Pilger“ nicht mehr nur aus Europa, sondern man trifft auf dem Jakobsweg auch Kanadier, Australier, Amerikaner und viele andere.

Dieses Haus steht jetzt auf Airbnb, und ich lade alle ehemaligen Mitglieder ein, mich dort zu besuchen – ich werde Sie freudig empfangen und mit Ihnen die architektonischen, historischen und gastronomischen Wunder besichtigen, die dieser an der Garonne zwischen Toulouse und Bordeaux gelegene Landstrich, den Stendhal die französische Toskana nannte, zu bieten hat.

Melden Sie sich an, ich freue mich auf Sie. Auf Airbnb müssen Sie erst Moissac France und dann das Foto meines Hauses suchen...



www.airbnb.fr/rooms/11846418

Beatrice Ouin (VEM)

DEN „EWSA“ DURCH SIMULATION KENNENLERNEN

Ein Rollenspiel für Schulen und Universitäten zur Bekanntmachung des Ausschusses und seiner Tätigkeiten

Die Jugendlichen sollen den EWSA, seine Arbeit und seine Rolle in der europäischen Dynamik und bei der Verbreitung der europäischen Grundsätze und Werte kennenlernen. Mit Blick auf diese Ziele und mit Unterstützung der Gruppe Arbeitnehmer entstand die Idee, die zahlreichen persönlichen Erfahrungen während meines Mandats als EWSA-Mitglied zwischen 2010 und 2015 im Rahmen der Initiative „Going Local“ an Schulen und Universitäten zu systematisieren und ein „Rollenspiel“ zu entwickeln, mit dem die internen Verfahren des EWSA zur Erarbeitung einer Stellungnahme simuliert werden können.

Der EWSA hat bereits wichtige, an junge Menschen gerichtete Initiativen wie „Your Europe, Your Say!“ und „Back to School“ auf den Weg gebracht. Dieses Rollenspiel soll die früheren Initiativen nicht ablösen sondern ergänzen. Ziel ist es, die jungen Menschen einzubeziehen und an der Erarbeitung einer Stellungnahme zu beteiligen, ohne jedoch eine Auswahl unter ihnen zu treffen, was die Zahl der Teilnehmer entsprechend erhöht. Da es sich um eine „Going-Local“-Aktivität handelt, bietet die Initiative enorme Vorteile in Bezug auf Organisation und Kosten. Das Modell ist ein Standardformat, das von allen Universitäten und Schulen in der EU übernommen werden aber auch an besondere Bedürfnisse angepasst werden kann.

Aufgrund der vielfältigen Interessen und schwer nachstellbaren physischen, sprachlichen und terminlichen Hindernisse ist es nicht leicht, den Prozess der Erarbeitung einer Stellungnahme nachzustellen. Dennoch ist „eine vereinfachte Simulation als „Rollenspiel“ denkbar, mit dem die wichtigsten Ursachen für Konflikte herausgestellt und die Teilnehmer dazu „gezwungen“ werden, konstruktive Lösungen zu finden.

Jedem Schüler bzw. Studenten wird nach dem Zufallsprinzip eine andere Identität aus einer Mischung von nationaler Herkunft und Verbandszugehörigkeit zugewiesen, aus der sich spezifische Zielsetzungen ergeben, die häufig im Gegensatz zu denen der anderen Teilnehmer stehen.

Darüber hinaus müssen alle Schüler und Studenten die typischen Arbeitsmethoden des EWSA anwenden, um zu einem „**dynamischen Kompromiss**“ zu gelangen.



DIE SIMULATION KANN IN ZEHN SCHRITTE WIE FOLGT UNTERTEILT WERDEN:

Teilnehmerzahl mindestens 20-30 Personen. Um typische Konflikte im EWSA nachzustellen, ist eine ausreichend hohe Teilnehmerzahl erforderlich, denn nur so können die wichtigsten Phasen der Erörterung einer Stellungnahme durchlaufen und die sich aus der unterschiedlichen Staats- und Verbandszugehörigkeit ergebenden Differenzen reproduziert werden.

Durchführung der Simulation in zwei Phasen. Am besten wäre es, zwei Sitzungen von jeweils 2-3 Stunden an unterschiedlichen Tagen abzuhalten. Dies erleichtert das Verständnis des Rollenspiels und des EWSA sowie die Erarbeitung einer strukturierteren Stellungnahme. Die erste Sitzung dient dazu, den EWSA vorzustellen und die Regeln und Zielsetzungen des Rollenspiels zu erläutern. In der zweiten Sitzung wird die Stellungnahme in der Interessengruppe erörtert und im Plenum verabschiedet. Zwischen der ersten und zweiten Sitzung sollen der Berichterstatter und die Mitglieder der Studiengruppe zusammenkommen, um den Text der Stellungnahme mit Unterstützung eines Moderators zu verfassen. Zur Förderung des Engagements und Erhöhung der Effizienz empfiehlt sich ein „Countdown“, um die verschiedenen Phasen und einzelnen Beiträge zu unterscheiden.

Auswahl des geeigneten Dossiers. Das Rollenspiel besteht darin, eine Stellungnahme zu einer Mitteilung der Europäischen Kommission zu erarbeiten. Der Erfolg ist dabei vom Engagement der Teilnehmer abhängig. Es empfiehlt sich daher, bekanntere Dossiers zu wählen, die junge Menschen direkt betreffen.

Verteilung der Dokumente im Voraus. Es wird empfohlen, im Vorfeld drei Dokumente zu verteilen, in die sich die Schüler bzw. Studenten allein oder mit Unterstützung eines Lehrers einarbeiten können: a) eine Power-Point-Präsentation über den EWSA; b) die zu analysierende Kommissionsmitteilung; c) die jüngste Stellungnahme des EWSA zu einem vergleichbaren Thema.

Stärkere Konzentration auf das Rollenspiel als auf den EWSA. Ziel des Rollenspiels ist es, den EWSA anders als im klassischen Frontalunterricht vorzustellen. In der ersten Sitzung ist es daher erforderlich, den EWSA kurz vorzustellen, doch wichtiger ist es, sich auf die Regeln, Zielsetzungen und die Zeitplanung des Rollenspiels zu konzentrieren.

Übernahme einer Rolle und einer Persönlichkeit. Das ist der schwierigste Teil des Rollenspiels. Alle Schüler bzw. Studenten haben die Möglichkeit, in eine andere Identität zu schlüpfen. Es ist absolut kein Zeitverlust, auf diesen Punkt genauer einzugehen und auch konkrete Beispiele anzuführen. In den Fällen, in denen für das Rollenspiel nur wenig Zeit zur Verfügung steht, wird die Verwendung eines vereinfachten Modells empfohlen. In diesem Fall vertritt jeder Schüler bzw. Student sich selbst, jedoch mit dem Ziel, mit den anderen Teilnehmern einen Konsens zu erarbeiten. Die drei Interessengruppen können durch drei verschiedene Klassen (möglichst einer Altersstufe) vertreten werden.

Sorgfältige Auswahl der Person, die eine Schlüsselrolle übernimmt. Mit Hilfe des Lehrers sollen ein Berichterstatter und zwei Mitberichterstatter unter den aktivsten Schülern bzw. Studenten ausgewählt werden, wo-

bei beide Geschlechter vertreten sein sollen. Jeder von ihnen gehört einer anderen Interessengruppe an. Diesen Personen kommt eine entscheidende Rolle zu, denn sie müssen: die Stellungnahme erarbeiten und dabei eine Synthese zwischen den verschiedenen Ansprüchen herstellen, die Interessen der Gruppe vertreten sowie die Vereinbarungen mit den Mitberichterstattem/dem Berichterstatte einhalten und den Kollegen der eigenen Gruppe den Inhalt der Stellungnahme und die erzielten Kompromisse vermitteln. Die übrigen Rollen sollten nach dem Zufallsprinzip gemäß dem oben erläuterten Verfahren zugeteilt werden.



Schlüsselrolle für das EWSA-Mitglied und den Lehrer. Für die Wirksamkeit und Qualität der Arbeit ist es von grundlegender Bedeutung, dass das Mitglied des EWSA sich von Anfang an aktiv und engagiert einbringt. Das gleiche gilt für den Lehrer, der die Schüler bzw. Studenten einbezieht und vorbereitet. Häufig können sich Jugendliche in Diskussionen verrennen oder das Gefühl haben, dass sie mehr Anstöße brauchen. In beiden Fällen müssen sie zum Nachdenken und Zusammenfassen angeregt werden. In allen Phasen ist die Anwesenheit des Mitglieds und des Lehrers als Vermittler von entscheidender Bedeutung. Es empfiehlt sich insbesondere, dass das EWSA-Mitglied die Plenartagung leitet, um eine korrekte Simulation der Sitzung zu gewährleisten.

Unterstützung der Jugendlichen, ohne ihre Entscheidungen zu beeinflussen. Die Schüler bzw. Studenten werden mit einer Reihe von Konflikten und einem Lösungsmodell, dem „dynamischen Kompromiss“, konfrontiert. Die Hilfe bei der Erstellung der Stellungnahme darf nicht zu einer unmittelbaren Einflussnahme auf ihre Entscheidungen führen. Am Ende des Spiels sollen alle das Gefühl haben, aus eigener Anstrengung heraus eine nützliche Stellungnahme verabschiedet zu haben.

Bewusstsein für die erzielten Ergebnisse. Am Ende der Simulation sollen den Schülern bzw. Studenten die Stellungnahme, die sie verabschiedet haben, sowie das vom EWSA verabschiedete Pendant übermittelt werden, um einen Vergleich und eine bessere Einschätzung der eigenen Arbeit zu ermöglichen.

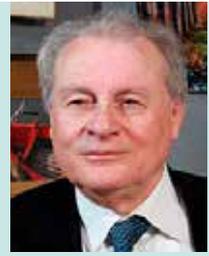
Dieses Modell, das erstmals im Februar 2012 im „Convitto Nazionale Vittorio Emanuele II“ in Rom erprobt und in seinem endgültigen Format im Mai 2015 von Studenten der Geopolitik der Universität Roma Tre validiert wurde, hat von Anfang an faszinierende Ergebnisse hervorgebracht.

Das Niveau der Analysen und Vorschläge der Jugendlichen bestätigt, dass sie bei entsprechender Vorbereitung und Motivation hervorragende Ergebnisse erzielen können. Außerdem stellt diese Simulation über die bloße Kenntnis des EWSA hinaus für die Schüler und Studenten eine äußerst positive Erfahrung dar, die auf andere Institutionen und Verbände übertragbar ist.

Diese Initiative ist auch für das EWSA-Mitglied, das sie durchführt, ein nützliches Instrument, um den Kontakt und den Informationsaustausch mit einem Teil der Gesellschaft aufrechtzuerhalten, der häufig schwer zu erreichen ist und nur selten angehört wird: Hier wird ihnen die Möglichkeit gegeben, die Rolle als Brücke zwischen den EU-Institutionen und den Bürgern, die die Verträge dem Ausschuss zuerkennen, umfassender wahrzunehmen.

Antonio Polica (VEM)

Die verlorene Generation



In einer Rede in Lissabon hat der EZB-Präsident unlängst betont, dass „der Preis, den die jungen Menschen für die Krise zahlen, zu hoch ist“. Draghi sieht die Gefahr, dass insbesondere in den südlichen Ländern der EU eine „lost generation“ entsteht, die je nach Mitgliedstaat eine Jugendarbeitslosenquote von bis zu 40 % erreicht. Das ist doppelt so hoch wie der EU-Durchschnitt.

Die Jugendarbeitslosigkeit ist heute das Kernproblem unserer Gesellschaft. In vielen Regionen der EU wird sie zu einer echten Tragödie im Zeichen von Frustration, Angst und Unsicherheit: das ist der Möglichkeit zur individuellen Entfaltung gerade in einer Lebensphase abträglich, in der der/die Jugendliche eigentlich mehr geben können, weil sie in der Blüte ihrer physischen und intellektuellen Kräfte stehen.

Die Schaffung von Arbeitsplätzen für junge Menschen und die Steigerung der Beschäftigungsquote insgesamt sind Zielvorgaben nationaler und europäischer wirtschaftspolitischer Maßnahmen. Es geht also nicht um irgendwelche Vorruhestandsarrangements oder sonstige Maßnahmen, mit denen das Ruhestandsalter auf ein inakzeptables Niveau herabgesetzt werden soll. Eine „gute Beschäftigung“ wird nicht mit solchen Maßnahmen herbeigeführt, die zu Lasten des Sozialtats gingen und sich in kürzester Zeit in neuen Steuern niederschlagen würden, was in der Folge die Binnennachfrage bremsen würde.

Herzstück einer Beschäftigungspolitik sind Wachstum und mehr Dynamik in der Währungspolitik. Der EZB-Bericht für 2015 lässt einige bescheidene Ergebnisse in dieser Richtung erkennen, aber die Unsicherheit bleibt das prägende Element auch für 2016. Denn die ungünstigen Wirtschaftsentwicklungen weltweit haben dem Aufschwung in Europa nicht genügend Rückenwind gegeben. Die Zentralbank hat mit ihrem Handeln einen durchschnittlichen Rückgang des realen Zinssatzes für 38 Währungen von rund 3 % bewirkt, die Renditen von Staatsanleihen sind auf dem niedrigsten Niveau, die Aktienkurse im Aufwind, aber mit großen Schwankungen. Dies hat zu einem mäßigen Rückgang der Arbeitslosigkeit, einem tendenziellen Anstieg des Vertrauens der Verbraucher, einer Erhöhung der Gewinne bei gleichzeitig nahezu unveränderten Löhnen geführt.

Die wenigen positiven Anzeichen für einen Aufschwung der europäischen Wirtschaft im letzten Jahr konnten jedoch nicht nachhaltig auf diese hohe Jugendarbeitslosenquote in vielen Regionen der Union einwirken.

Die erwähnten Unsicherheiten, die den Jahresbeginn 2016 geprägt haben, geben keinen Anlass zu Optimismus. Es gilt, gezielt auf eine Verringerung der Steuerlast und eine Steigerung der Produktivität hinzuwirken, damit unser System wettbewerbsfähiger wird. Auch der EWSA hat in seiner Stellungnahme vom Februar 2016 zum Jahreswachstumsbericht u.a. die Modernisierung der europäischen Wirtschaft und die Überarbeitung der Steuerpolitik empfohlen.

Entwicklung und Wahrung der einheitlichen Währung setzen voraus, dass die Europäische Union in der Lage ist, eine Reihe von wirtschaftspolitischen, institutionellen und politischen Reformen auf den Weg zu bringen, die bereits im Bericht der fünf Präsidenten erwähnt wurden: jetzt fehlt nur noch der politische Wille der Mitgliedstaaten.

Giovanni Mantovani (VEM)

Europas Scheitern in den Krisen: Wer hat Schuld?



Europa erlebt derzeit eine eindrucksvolle Häufung von Krisen unterschiedlichster Art, die es nicht recht zu bewältigen vermag und deren Auswirkungen insgesamt sich nicht mehr absehen lassen. Im Einzelnen sind dies:

- eine beispiellose Sicherheitskrise, die uns durch die Terroranschläge in Brüssel und vier Monate zuvor in Paris besonders schmerzlich ins Gedächtnis gerufen wurde,
- eine außergewöhnliche Einwanderungskrise mit massiven, unkontrollierten Flüchtlingsströmen aus dem von Kriegen und Konflikten verwüsteten Nahen Osten,
- eine akute Solidaritätskrise einschließlich der Wiedereinführung von Grenzkontrollen zwischen Mitgliedstaaten, wodurch die einstigen Freiheiten des Schengenraums zunichte gemacht werden,
- eine endlos anhaltende wirtschaftliche und soziale Krise, die in den meisten Ländern mit hoher Arbeitslosigkeit einhergeht, von der ganz besonders die jungen Menschen betroffen sind – trotz einer beispiellosen Neuausrichtung der internationalen Handelsbeziehungen und einem „Juncker-Plan“, der für die Bürgerinnen und Bürger keine wahrnehmbaren Auswirkungen zeigt,
- eine schwelende Finanzkrise, die jederzeit wieder auszubrechen droht angesichts immenser Staatsschulden, einer strukturellen Volatilität der Börsenmärkte und eines Bankensektors, der trotz des jüngsten europäischen Plans nach wie vor undurchsichtig ist und am Tropf der Europäischen Zentralbank (der einzigen föderalen Institution einer sträflich unvollendeten Wirtschafts- und Währungsunion) hängt,
- eine sich ausweitende Haushaltskrise der Europäischen Union, die keine Autonomie besitzt und deren Haushaltsplan von den einzelstaatlichen Beitragszahlern auf ein Minimum begrenzt wurde – und die folglich die eigentlich in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden gemeinsamen Aufgaben nicht wirksam erfüllen kann und zudem noch so symbolträchtige Programme wie den Studienaustausch Erasmus opfern muss,
- eine stets wiederkehrende Krise der Landwirtschaft, die insbesondere in Frankreich von Bauernaufständen in verarmten, alternden und immer weiter verödenen ländlichen Regionen begleitet wird,
- eine Krise der „Problem“-Vorstädte und Stadtgebiete, in denen starkes Bevölkerungswachstum und hohe Arbeitslosigkeit mit unkontrollierter Kriminalität und in jüngerer Zeit mit der Entstehung radikaler und terroristischer Netze einhergehen,
- eine zunehmende Krise der Regionen, in deren Zuge durch Protest- und Identitätsbewegungen von Schottland über Katalonien bis hin zu Korsika Jahrhunderte alte „Nationalstaaten“ ins Wanken geraten,
- eine mittlerweile schädlich wirkende Krise der gemeinsamen Identität, während Großbritannien unverhohlen, ohne Gewissensbisse und gestützt auf ein geplantes Referendum mit dem Austritt droht – und das trotz spezieller Ausnahmeregelungen und aller Vorteile, die das Land aus seinem Beitritt vor 43 Jahren gezogen hat;
- eine Kohäsionskrise, die angesichts der Verschiedenartigkeit und Anzahl der Mitgliedstaaten und in Ermangelung einer institutionellen Reform, die den zahlreichen Erweiterungen gerecht wird, nunmehr strukturell ist und die sich in einer Zersplitterung der Vorgehensweisen und Mentalitäten anstelle eines eigentlich erforderlichen Gemeinschaftsgeistes äußert,
- eine dieser Lage entsprechende Krise der Entscheidungsfindung und politische Führungspersonen, die krampfhaft an nationalen Interessen festhalten und für jeglichen Vorrang des Gemeinschaftsinteresses unempänglich sind – obwohl doch der Europäische Rat, in dem sie vereint sind, zur obersten Schiedsinstanz geworden ist,
- eine aus dem Vorgenannten erwachsene Vertrauenskrise, wobei die Völker – kann man es ihnen verübeln? – dieses „Europa“ oder vielmehr diesen „Mangel an Europa“, ein gleichermaßen ineffizient wie unverständlich gewordenes Europa (und das sich offen gesagt auch niemandem mehr schmackhaft machen lässt), nicht mehr verstehen.

15 Jahre nach der Meisterleistung der gemeinsamen Währung und 10 Jahre nach dem Frühling der großen Erweiterungen erleben die erklärten Europa-Fürsprecher und Verfechter eine Enttäuschung nach der anderen, eine Ohrfeige nach der nächsten, einen Nackenschlag nach dem anderen. In der Tat kann man sich nur wundern, dass es nach derlei Misserfolgen und Ernüchterungen jeder Art, ja selbst Verrat, und trotz des vielfältigen Gegenwinds noch Befürworter eines integrierten Europas gibt.

Eifern diese womöglich Sisyphus nach, den die Götter zu dem hoffnungslosen Unterfangen verdammt hatten, ohne Unterlass einen Felsen den Berg hinaufzuschieben, der doch immer wieder herunterrollt? Oder sind sie im Gegenteil Jünger der Penelope, die aus gutem Grund dem abwesenden Gatten treu blieb, trotz des Drucks und Gespöts all jener, die kühn verfügt hatten, sie müsse Trauer tragen?

Durch die Erfahrung des europäischen Aufbaus werden wir daran erinnert, dass seine Verfechter von Anfang an zahlreiche Bewährungsproben bewältigen mussten, auch wenn im offiziellen Gedenken nur die Erfolge, Verträge und die strahlenden Fotos einer stets wachsenden Familie vorkommen. Denn tatsächlich ist die Geschichte Europas voller verpasster Gelegenheiten, herber Enttäuschungen und klar gescheiterter Initiativen, und selbst einige der Erfolge konnten sich nicht über die Zeit halten. Der Rückblick auf einige Ereignisse soll dies veranschaulichen.



Das europäische Aufbauwerk stützte sich zu seinen Anfängen im Jahr 1950 auf eine erstmalige gemeinsame Verwaltung der so eng mit den zurückliegenden Konflikten verknüpften Rohstoffe Kohle und Stahl, 1957 folgte eine gemeinsame Überwachung der Atomenergie. Was ist davon jedoch heute übrig?

Die rechtlich unwirksam gewordene Hohe Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) ging in einer immer weniger föderalisierenden Europäischen Kommission auf, während Euratom in einem frühen Entwicklungsstadium stehen geblieben ist. Heute unterstehen die Energiepolitiken im Wesentlichen wieder einzelstaatlichen, teils sogar entgegengesetzten Interessen wie jetzt selbst zwischen Deutschland und Frankreich! Kann also tatsächlich jemand, der weder Autist noch Satiriker ist, einen Neustart Europas durch ein gemeinsames Vorgehen im Bereich Energie und Umweltschutz propagieren, so wie es einige wagen?

Doch ebenso haben die Gründer 1952 nicht gezögert, einen Vertrag zur Schaffung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zu unterzeichnen. Die gescheiterte Ratifizierung 1954 durch Frankreich war die Totenglocke, mit der das Ende dieses Vertrags eingeläutet wurde. 60 Jahre später ist diese Glocke in einem Europa, das nach wie vor dem Wohlwollen und Schutz der USA unterliegt, noch immer zu hören.

Auch wenn zweifellos viele, zumal im Osten, bewährte Vorteile in diesem Schutz sehen, bedeutet sein dauerhafter Charakter für Europa insgesamt nicht weniger politische Kosten mit zahlreichen Folgen; selbst unter soliden Verbündeten erscheint dieser Preis zu hoch! Während einige neuen Schwung für Europa mithilfe der Verteidigungspolitik in Aussicht stellen, bleibt doch auch hier die Frage, wie sich aus den „europäischen Eiern“ eines mehrfach aufgebackenen transatlantischen Omeletts etwas Neues zubereiten lässt.

Und was lässt sich schließlich über die Träume von einer „politischen Macht Europa“ sagen, die sich auf direkt mit ihr verbundene Bürgerinnen und Bürger stützt und von glaubwürdigen, explizit so benannten „europäischen“ Entscheidungsträgern geführt wird? Die gescheiterten Referenden 2005 zum Verfassungsvertrag, der ein erster zaghafter Schritt in diese Richtung und zugleich das erste Opfer der bis heute andauernden Vertrauenskrise war, lassen einen neuerlichen Versuch in weite Ferne rücken. Wer in unseren

politischen Führungsgremien – von ein paar Grünen abgesehen – traut sich heute noch, das ehrgeizige Ziel eines föderalen Europas zu vertreten? Und dennoch: Allen Widrigkeiten zum Trotz ist Europa eine Tatsache, die uns jeden Tag beim Öffnen unserer Brieftaschen und Geldbörsen in Form des Euro begegnet, der innerhalb so vieler europäischer Länder frei (und angesichts einer solch bewegten Geschichte sicherlich wie durch ein Wunder) zirkuliert.

Auch beschränkt sich Europa nicht mehr zwangsläufig auf einen, wenn auch unvollendeten, gemeinsamen Markt. Weitere Samenkörner wurden gesät und die ersten Schritte einer „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ unternommen, selbst wenn diese erkennbar Schwierigkeiten hat, sich gegenüber den Staaten zu behaupten, die ihr eine Hauptrolle verweigern möchten.

Um aus den aktuellen Spiralen der Krisen und des Scheiterns herauszufinden, braucht es keine neuen großen politischen, ideologischen oder hochwissenschaftlichen Debatten. Stattdessen sollten wir lieber wieder an die von Jean Monnet angeregte und von Robert Schumann erstmals angewandte „Gemeinschaftsmethode“ anknüpfen, mit der der Weg für alle gemeinsamen Erfolge geebnet wurde und die heute mehr denn je diese Rolle spielen sollte: Der Aufbau – und die Bewahrung – Europas sind nur mit konkreter Solidarität realisierbar!

Heute brauchen wir diese neuen Formen der Solidarität wegen der außerordentlichen gemeinsamen Herausforderungen, die wir nur gemeinsam angehen, beantworten und bewältigen können. Hier dürfen unsere Staaten nicht länger zögern! Stattdessen ist es dringend erforderlich, ein „Europäisches Haushaltsinstitut“ einzurichten und rational und unaufgeregert gemeinsam zu analysieren, was wir heute gemeinsam anpacken müssen und dadurch bewältigen können – angesichts dieser lawinenartigen Welle beispielloser Krisen, die miteinander verstrickt und verwoben und ebenso bedrohlich wie global sind.

Wir sollten also endlich aufhören mit diesem unproduktiven Spiel, niemanden in die Karten schauen zu lassen und um jeden Cent zu feilschen, denn dabei sind wir alle die Verlierer! Schauen wir in die Zukunft, was wir besser gemeinsam tun können als einzeln, um zu geringeren Kosten wirksamer zu arbeiten – im Interesse aller europäischen Steuerpflichtigen und der Bürgerinnen und Bürger ebenso wie im besten Interesse aller europäischen Mitgliedstaaten!

Mögliche Anwendungsbereiche für ein solches Vorgehen der Vernunft gibt es wahrlich genug: ein europäischer Geheimdienst, eine föderale europäische Polizei, europäische Küstenwachen, europäischer Katastrophenschutz, eine gemeinsame Eingreiftruppe oder eine europäische Staatsanwaltschaft zur Terrorismusbekämpfung sind nur einige Beispiele.

Bleibt letzten Endes die zentrale Frage: Sind unsere Regierungen angesichts der Dringlichkeit einer solchen ausufernden Krise endlich bereit, die Vorrangstellung des gemeinsamen Interesses anzuerkennen?

Durch diese Frage wird zwangsläufig eine weitere Frage aufgeworfen, falls die vor ihre gemeinsame Verantwortung gestellten Mitgliedstaaten einander weiterhin gegenseitig die Schuld in die Schuhe schieben. Diese zu stellen, wäre dann die Pflicht der Bürger (wenn diese ihren Namen als „Citoyens“ in Ehren tragen wollen): Wer sind die wahren Verbündeten und die wahren Gegner der Europäer?

Bruno Vever (VEM)

EHEMALIGE MITGLIEDER DES EWSA UND „GOING LOCAL“ am Beispiel der Biomedizintechnik.

Gerade wurde die Jahresversammlung der ehemaligen Mitglieder beendet (die, so Herr Bernabei, besser als „emeritierte Mitglieder“ bezeichnet werden sollten), auf der das weitere Vorgehen und die Handlungsmöglichkeiten ihrer Mitglieder erörtert wurden. Eines der mehrfach angesprochenen Themen, das auch in den erhellenden Ausführungen von Antonello Pezzini behandelt wurde, war die „Going local“-Initiative, d. h. die Nutzung der Fachkompetenz und der Beziehungen der ehemaligen Mitglieder in den Organisationen und Ländern, aus denen sie kommen. Eine der Aufgaben der EWSA-Berichtersteller ist die Präsentation ihrer Stellungnahmen und eine diesbezügliche Öffentlichkeitsarbeit während eines Zeitraums von sechs Monaten nach deren Verabschiedung; man muss aber nicht unbedingt Berichtersteller gewesen sein, um eine Stellungnahme in einem der Fachgebiete zu präsentieren, die man am besten kennt. Leider ist dies der Aspekt, der zwischen persönlichen beruflichen Verpflichtungen und der Arbeit im EWSA am stärksten vernachlässigt wird. Die der Organisation angehörenden ehemaligen Mitglieder könnten diese Aufgabe wahrnehmen, sowohl für die von ihnen abgefassten Stellungnahmen als auch für Stellungnahmen in den Bereichen, in denen sie Fachleute sind.

Ich selbst war Berichtersteller für eine Initiativstellungnahme zum Thema Biomedizintechnik, die von unserem Kollegen und österreichischen Delegierten Dirk Jarré vorgeschlagen wurde und bei der Silvia Zinetti als Sachverständige für den Berichtersteller tätig war (am 23. April 2015 verabschiedet und am 4. September im Amtsblatt veröffentlicht).

Im Juli letzten Jahres haben zwei Europaabgeordnete (Comi/EVP - Caputo/S&D) in zwei Anfragen zur schriftlichen Beantwortung an die Europäische Kommission ausdrücklich auf unsere Stellungnahme hingewiesen.

Im September wurde ich vom nationalen Ausschuss für Biomedizintechnik der Mailänder Ingenieurkammer eingeladen, meine Stellungnahme vorzustellen; in der betreffenden Sitzung wurde darüber gesprochen, dem Nationalkongress eine Bezugnahme auf die Stellungnahme vorzuschlagen. Am 2. Oktober nahm in Venedig der Nationalrat der Kammer ein endgültiges Dokument an, in dem ebenfalls (unter der Ziffer 27) ausdrücklich auf die Stellungnahme des EWSA Bezug genommen wurde.

Im Dezember hat die Kommission die Anfragen beantwortet; einer der Fragesteller hatte wissen wollen, weshalb der Beruf des Biomedizintechnikers nicht im Rahmen der Richtlinie 2005/36 über die Berufsgruppen anerkannt worden sei, und sich für entsprechende Initiativen auf nationaler Ebene ausgesprochen.

Im vergangenen März habe ich der Geschäftsführung des Europäischen Verbands der Biomedizintechniker im Verlauf einer Videokonferenz den Inhalt der Stellungnahme ausführlich dargelegt.

Durch die Stellungnahme wurde ein Prozess, der in Italien und in Europa bereits seit Jahren im Gange ist, enorm beschleunigt.



Im März dieses Jahres wurde ein Gremium eingerichtet, dem folgende Mitglieder angehören: die Vorsitzenden der beiden Arbeitsgruppen des Internationalen Verbands für medizinische und biologische Verfahrenstechnik (IFMBE), Ernesto Iadanza und Leandro Pecchia, der Geschäftsführer von Medicaldev, Luca Radice; die Biomedizintechnikerin Manuela Appendino, die bereits lebensrettende neue Kardiologiegeräte konzipiert und entwickelt hat; sowie die klinische Medizintechnikerin Teresa Maisto, die für ein großes multinationales Unternehmen die an 6 Krankenhäuser in Catania ausgelieferten Apparaturen betreut. Das Gremium nennt sich

„Comitato Promotore per il riconoscimento giuridico delle attività della ricerca e delle professioni di ingegnere biomedico e clinico“ (Ausschuss für die Förderung der rechtlichen Anerkennung der Forschungstätigkeiten und der Berufe des Biomedizintechnikers und des klinischen Medizintechnikers). Ich wurde (aus Gründen des Alters) zum Präsidenten ernannt.

Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats ist Prof. Dr. Andrea Corvi, Koordinator des Masterstudiengangs in Biomedizintechnik des Technikums und Koordinator des forschungsorientierten Masterstudiengangs in klinischer Medizintechnik der Universität von Florenz. Verschiedene hochrangige Persönlichkeiten aus Hochschulen, freien Berufen, Forschungseinrichtungen, Verbänden und Ingenieurkammern wurden um ihre Mitarbeit im wissenschaftlichen Beirat gebeten.

Ich erhielt eine Einladung, auf dem XVI. Nationalkongress des italienischen Verbands der klinischen Medizintechnik am 7./8./9. April in Bari einen Überblick über die Stellungnahme zu geben und die Ziele des Ausschusses zu erläutern.

Am 31. Mai werden Mitglieder des Europäischen Parlaments auf Anregung der EWSA-Stellungnahme die erste interparlamentarische Gruppe für Biomedizintechnik ins Leben rufen; sie haben mich zu einem Vortrag eingeladen.

Der EWSA könnte eine neuerliche Stellungnahme zu diesem Thema ausarbeiten; dadurch würde er nicht nur einen erheblichen Mehrwert erbringen und den Erwartungen der jungen Menschen gerecht werden, sondern vor allem auch dazu beitragen, die Voraussetzungen für eine grundlegende Verbesserung der Gesundheitsversorgung und der Bedingungen für die Patienten zu schaffen.

Es gibt sicherlich weitere Initiativen, über die wir in Zukunft sprechen können.

Die „Going local“-Aktivitäten können auch ohne Zusatzkosten für den EWSA oder die betreffende Organisation durchgeführt werden.

Indem wir in dieser historischen Phase einen Beitrag aus dem Herzen Europas (auch im metaphorischen Sinne auf den EWSA bezogen) leisten, um den Fliehkräften, Egoismen und Nationalismen entgegenzuwirken und all die guten Dinge ins rechte Licht zu rücken, die die Union hervorgebracht hat, nehmen wir auch weiterhin aktiv an dem wichtigen Prozess der Integration und der Stärkung der europäischen Ideale teil.

Edgardo Maria Iozia (VEM)

OXFORD - künftige Gastgeberstadt



In diesem Jahr unternimmt die Vereinigung der ehemaligen Mitglieder auf Anregung von Robert Moreland und Kenneth Walker vom **14. bis 18. September 2016** eine Studienreise nach Oxford und Umgebung.

Beim Hauptthema der Reise, Bildung in Großbritannien, wird es unter anderem um künstliche Intelligenz gehen, die sich auf mehr als 47 % der Berufe der künftigen Zivilgesellschaft auswirken wird. Die Vereinigung wird Gelegenheit haben, *Oxford Instruments*, ein führendes Unternehmen für die Herstellung wissenschaftlicher Instrumente, das *Culham EU research centre and European School, Gloucester*, und das *Blenheim Palace, home of the Dukes of Marlborough*, Churchills Geburtsstadt, zu besichtigen.

Das *University College* an der High Street, der Hauptstraße Oxfords, wird den Teilnehmern für die Dauer ihres Aufenthalts als Unterkunft dienen.

Die beliebte Reise ist auf 50 Teilnehmer begrenzt, die in der Reihenfolge der Anmeldungen eingeschrieben werden.

ANMELDUNG

Wir möchten alle Mitglieder daran erinnern, dass der Jahresbeitrag in Höhe von 70 EUR auf das Konto der Vereinigung der ehemaligen Mitglieder des EWSA zu überweisen ist: **Bank ING: IBAN BE02 3101 7336 3540 – BIC: BBRUBEBB.**





„Der belgische König Baudouin begrüßte anlässlich des zehnten Jahrestages des Wirtschafts- und Sozialausschusses der europäischen Gemeinschaften eine Delegation des EWSA, bestehend aus dem Präsidenten [Louis Major], den Vizepräsidenten, dem Generalsekretär [Jacques Gonton] und Mitgliedern des Präsidiums. Im Laufe der Audienz unterstrich der Präsident den aussergewöhnlichen Charakter des Wirtschafts- und

Sozialausschusses, des Organs welches die verschiedenen Wirtschafts- und Sozialkategorien miteinander verbindet und welches hervorragend zur wirtschaftlichen, intellektuellen und moralischen Integration der sechs Länder, die den Vertrag von Rom unterzeichnet haben, beigetragen hat.“

Auszug aus dem Magazin „Associations internationales“, August 1968, Nr 8, S. 558

Allgemeine Koordination: Domenico Cosmai

Redaktionsteam: Maria Cossu, Natalia Schneiderová, Stefano Soattin

Layout: Filip Van Landegem

Beiträge von: Tatiana Adamišová, Gabrielle Bergen, Marián Brestovanský, Roger Briesch, Sonia Calvy, Maria Cossu, Henriks Danusevics, Georges Dassis, Silvia Giacon, Merve Güngör, Edgardo Maria Iozia, Luca Jahier, Peter Javorčík, Giovanni Mantovani, Béatrice Ouin, Viliam Páleník, Luis Planas, Antonio Polica, Natália Schneiderová, Bruno Vever, Sylvia Zdziech

CONNECT ist der Newsletter der Vereinigung der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses. Die Publikation steht auch externen Beiträgen offen. Veröffentlichte Artikel geben die Meinungen der Autoren wieder und stellen nicht notwendigerweise die Positionen der Redaktion oder des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss dar.



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Rue Belliard/Belliardstraat 99, 1040 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

Verantwortlicher Herausgeber:
Referat Besuchergruppen/Veröffentlichungen

www.eesc.europa.eu

© Europäische Union, 2016
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.



DE